Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 924.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16. Dienstag, den 20. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine Burleske.

Die inneren deutschen Angelegenheiten fesseln heute so Aug' und Ohr, daß niemand mit voller Aufmerksamkeit der Posse folgt, die dort weit hinten in der Türkei oder vielmehr in der ehemaligen Türkei, in Albanien, in ganz großen Dimensionen in Szene geht. Die Ausstattung ist grotesk, das Stück spielt in dem romantischen Hochlande des Westbalkans und die Musik machen dazu flintenknallende Briganten.

Dieses Land, in dem Milch und Honig nur sehr spärlich fließt, soll mit einem deutschen Fürsten, dem Prinzen von Wied, beglückt werden. Bekanntlich wollten Serben, Montenegriner und Griechen nach den siegreichen Schlachten gegen die Türken Albanien aufteilen. Dagegen erhob Oesterreich-Ungarn Einspruch, weil es den Serben den Weg zur offenen See versperren und die Möglichkeit freier Munitionszufuhr nehmen wollte, und Italien, weil es im Aufkommen einer hellenischen Seemacht eine Bedrohung seiner maritimen Vormachtstellung im östlichen Becken des Mittelländischen Meeres sah.

Albanien ist also keine innere Notwendigkeit, sondern aus dem Bedürfnisse zweier Großmächte hervorgegangen, die sich zu seiner Schaffung vereinigt haben, ohne daß ihre eigene Rivalität um die Vorherrschaft in dem von ihnen gegründeten Staaten zum Schweigen gekommen wäre.

Auf der anderen Seite bestand die große Gefahr, daß die serbischen und griechischen Eroberer schonungslos die Albanesen vom Erdboden vertilgt hätten. Tatsächlich wurden scheußliche Schauergeschichten von den Grausamkeiten der christlichen Balkanstaaten erzählt. Allerdings mag davon ein sehr großer Teil auf die Sensationsmache der österreichischen und italienischen Telegraphenbureaus und Zeitungen zurückgehen, deren Meldungen den entschiedenen Widerspruch der angeschuldigten Regierungen und auch der Aerzte und Korrespondenten, die in der Front anwesend waren, fanden.

Aber auch die Bildung eines eigenen albanesischen Staates ist kein Ausweg, der vollkommen befriedigen kann, umsomehr als die Londoner Diplomaten, die die Grenzen des Landes festzusetzen hatten, ihre Entscheidungen nicht nach nationalen und geographischen, sondern nach politischen Gesichtspunkten getroffen haben. Albanien soll ein moderner Staat werden, ohne daß im geringsten die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Seine Wirtschaft steht auf der Stufe der alten Germanen zu der Zeit, da die römischen Legionen ihre Adler über den Rhein trugen. Die Grundlage ist die Zucht, eine primitive Almenwirtschaft. Als Angehöriger der oberen Zehntausend gilt, wer 500 Schafe besitzt, als beneidenswerter Millionär, wer 2000 sein eigen nennt. Der Ackerbau ist von geringer Bedeutung und wird wie vor Jahrtausenden betrieben; die Fruchtwechselwirtschaft ist unbekannt, ebenso die Kartoffel.

Die nationale Organisation beruht auf der Stammesverfassung; jeder einzelne Stamm gliedert sich in Gaue, die eine Anzahl von Familien umfassen. Der Schutz der Person und des Eigentums ist eine völlig unbekannte Sache. Jede Verletzung des Rechtsgefühls, nicht nur die Ermordung eines Verwandten, sondern auch Ehrbruch, Entführung eines Mädchens, Beleidigungen usw. werden durch die Blutrache gesühnt, die nicht selten wie ein furchtbares Verhängnis über mehreren Generationen lastet und unzählige Familien dezimiert oder gar vernichtet hat.

Am ursprünglichsten ist diese primitive Wirtschaftsorganisation im Norden; weiter vorgeschritten ist unter griechischem und italienischem Einflusse der Süden. Dort hat sich auch zuerst eine nationale Bewegung entfaltet. Aber erst 1908 bestimmte ein albanesischer Kongreß in Monastir das lateinische Alphabet zum allgemeinen Schriftgebrauch. Bis dahin bedienten sich die Albanesen zum Teil der griechischen, zum Teil der arabischen und zum Teil der lateinischen Schriftzeichen. Daher die spöttische Glosse, daß Albanien mehr Alphabete als Alphabeten habe.

Ueberhaupt ist es schwer, von den Albanesen als einer einheitlichen Nation zu sprechen; im Süden gebraucht man den toskischen, im Norden den ghegischen Dialekt. Auch in konfessioneller Beziehung herrscht keine Einheitlichkeit; die griechische orthodoxe, die mohammedanische und die katholische Kirche führen einen erbitterten Konkurrenzkampf im Seelenfang.

Es ist kein Zufall, daß heute die provisorische Regierung in Valona durch die Aufstände im Norden des Landes gefährdet ist. Für die Stammesfürsten im Norden, als deren Repräsentant wohl Essad Pascha anzusprechen ist, bedeutet die nationale Autonomie und die staatliche Souveränität das ungeschmälerte Recht, zu rauben, zu stehlen und plündernd die Ackerbauer in den Tälern um die kärgliche Frucht ihres Schweißes zu bringen. Im Süden herrscht der Kaufmann vor und tritt bereits die schmale Schicht der Intellektuellen in den Vordergrund, die in Westeuropa oder Italien ihre Ausbildung erhalten haben. Sie verlangen die Bildung eines Staates, in dem Handel und Wandel durch das Recht und eine starke Exekutive, die Kraft zum Recht hat, geschützt werden. Als Vertreter dieser Tendenzen darf wohl Ismail Kemal gelten. Soll Albanien lebensfähig werden, so werden die Männer im Süden den Norden unterwerfen und die Vorherrschaft der um Essad Pascha sich gruppierenden Stämme zertrümmen müssen.

Tatsächlich ist es zwischen den Vertretern beider Richtungen bereits zu blutigen Reibereien gekommen. Essad Pascha soll seine Truppen, zu denen noch viele der Verteidiger Skutaris gehören, gegen Elbassan entsandt haben, aber dem energischen Eingreifen der Gendarmerie, die unter holländischen Offizieren steht, sei es gelungen, diesen Vormarsch aufzuhalten. Dabei soll es nach den einen Meldungen zu bloßen Scharmützeln, nach anderen zu einer regelrechten Schlacht gekommen sein.

Kompliziert wird die Lage noch dadurch, daß die von der internationalen Kontrollkommission festgesetzten Grenzen Südalbaniens gegen Griechenland keinesfalls die Wünsche der Griechen befriedigt haben, die sich zwar scheinbar dem Diktum der Großmächte und dem Verlangen Italiens unterwerfen, tatsächlich aber durch die Organisierung von sogenannten heiligen Bataillonen, unter denen sich nicht wenig Gesindel befinden mag, Albanien zu der Abtretung südlicher Distrikte zwingen wollen. Gerechtfertigt wird dieses Vorgehen damit, daß große Teile Südalbaniens von Griechen bewohnt sind. Zweifellos liegt darin eine große Schwierigkeit, daß weite Teile der Balkanhalbinsel ein außerordentlich buntes Völkergemisch aufweisen, daß in manchen ihrer Teile zwei oder drei oder gar noch mehr Nationen nebeneinander wohnen. Das ging, so lange die Nation aus erbärmlich gestellten Bauern oder besser gesagt aus Leibeigenen der großen Gutsherren und der Wucherer bestand: sobald aber der Kapitalismus aus dem Bauern, dem das Dorf die Welt ist, einen modernen Menschen zu machen und seine Beziehungen zu der Außenwelt zu vertausendfachen beginnt, zerfällt das nationale Konglomerat und geraten die einzelnen Teile in einen erbitterten Kampf miteinander.

Zu allem Ueberdruß wurde vor wenigen Tagen gemeldet, daß türkische Soldaten und Offiziere, als Zivilisten verkleidet, in Valona landen sollten; die Gendarmerie vereitelte den geplanten Putsch, als dessen Urheber von den einen das jungtürkische Komitee, von den anderen der frühere Kriegsminister Izzet Pascha, der vor kurzem erst durch Enver Pascha ersetzt wurde, genannt wird. Diese Version fand einigen Glauben, da Izzet Pascha von Geburt Albanese ist und sich den Angehörigen seines Volkes zum Kampfe gegen Griechenland zur Verfügung gestellt haben soll; nebenbei bemerkt: es ist charakteristisch für die Kraft des albanesischen Nationalgedankens, daß der Albanese Izzet Pascha seine Muttersprache nicht beherrscht und bloß türkisch spricht.

In der letzten Zeit ist gar der Vorschlag aufgetaucht, in Albanien ein Kondominimum (gleichzeitige Herrschaft) Italiens und Oesterreich-Ungarns zu begründen. Darin liegt eine große Gefahr für den europäischen Frieden, weil es nur allzu wahrscheinlich ist, daß die beiden rivalisierenden Großmächte, die ausgezogen sind, die Albanesen mit den Segnungen des Friedens zu beglücken, miteinander keinen Frieden halten können.

Unter solchen Umständen ist es für den designierten albanesischen Fürst weder aussichtsreich, noch glückversprechend, die albanesische Krone zu übernehmen, und das umsomehr, als die Anleihe, mit der der Prinz die Herzen seiner neuen Untergebenen sich erobern will, noch nicht von allen Großmächten garantiert ist. Bringt aber Prinz Wied kein Geld nach Albanien mit, so muß er auch alle Hoffnung schwinden lassen, jemals Autorität zu erwerben. Wäre es nicht leibhaftigste Wirklichkeit, man möchte schier glauben, ein Operettenlibrettist habe irgend ein ziemlich geistloses Stück ersonnen, in dem sich der Held ein Königreich erkauft und die Krone selbst vergoldet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die am Sonnabend getroffene Vereinbarung, daß bei der Generaldebatte des Etats des Innern zuerst die sozialpolitischen Fragen erörtert werden sollen, ist Montag wieder aufgehoben worden. Die Debatte über das ganze umfangreiche Gebiet geht also auch in diesem Jahre ohne besondere Scheidung vor sich; in Zukunft soll die geeignete Trennung der Materien im Seniorenkonvent vorbereitet werden.

In der Montagssitzung kamen nur Redner der bürgerlichen Fraktionen zu Wort. Aber wenn auch die sozialdemokratische Partei ihre Forderungen nicht geltend machen konnte, die Notwendigkeit einer beschleunigten und gewissenhafteren Sozialpolitik ergab sich doch vielleicht selbst wider Willen des einen oder anderen Redners. So hat der nationalliberale Herr Keinath, wenngleich er die übliche Einschränkung von der Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit unserer Industrie machte, selbst soviel Forderungen aufführen müssen, daß die Konsequenz daraus sich von selbst aufzwang.

Fast ebenso stark wird zugunsten unserer Auffassung die Polemik, die der Redner der Konservativen gegen die Grundlage und die Voraussetzung jeder Sozialpolitik, nämlich gegen das Koalitionsrecht, führte. Herr v. Gräfe, der dafür bekannt ist, daß er seinen jungen Adel durch eine möglichst staatserhaltende Gesinnung und durch konservativsten Tonfall in jeder Rede zu rechtfertigen sucht, will selbstverständlich beileibe kein Gegner des Koalitionsrechts sein. Aus reiner Liebe will er es durch den berühmten „Schutz der Arbeitswilligen“ zu Tode drücken! Und aus demselben edlen Gefühl will er es den Landarbeitern versagen. Die schneidigen Ausführungen dieses Talmijunkers fanden in der Heiterkeit des Hauses die einzig geeignete Antwort.

Auch für die großen Tendenzen der deutschen Wirtschaftspolitik war die heutige Erörterung durchaus erfolgreich. Es war in diesem Sinne schon interessant und lehrreich genug, als zu Beginn der Legislaturperiode der Staatssekretär des Innern die Entwickelung andeutete und zugab, die sich vom privaten zum Staatsmonopol vollzieht. Heute mußte das gleiche unfreiwillige Bekenntnis von Rednern der bürgerlichen Parteien abgegeben werden. Herr Dr. Meyer vom Zentrum lehnte zwar für seine Partei den Willen zur Schaffung von Staatsmonopolen ab, aber er war doch genötigt, eine weitgehende staatliche Aufsicht über die großen Monopolvereinigungen zu verlangen, und Herr Keinath erklärte sogar, daß seine Freunde unter Umständen vor der Verstaatlichung eines von der Vertrustung bedrohten Industriezweiges nicht zurückschrecken würden. Gewiß entspricht diese Auffassung weder in ihren Gedankengängen noch in ihrem Ziel der sozialistischen Anschauung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aber sie liegt doch in der Richtung eines organischen Eingriffes des Staates in die Produktion und schafft dergestalt ein Argument für die sozialistische Theorie und Politik.

Die Debatte geht morgen weiter. Man erwartet, daß nunmehr auch der Staatssekretär selbst sich zu den wichtigen Problemen äußert, die seinem Ressort zugehören und in der bisherigen Debatte behandelt worden sind.

Reaktionäre Sammelarbeit.

Der Reichskanzler hat im preußischen Landtag den bürgerlichen Parteien geraten, endlich einmal den Zank einzustellen, die Zeiten seien zu ernst. Die auswärtige Lage kann damit nicht gut gemeint sein, denn größere Reibungen dürften in der nächsten Zeit kaum zu erwarten sein. Der Kanzler kann nur die Lage im Innern gemeint haben und hier freilich fehlt es nicht an Reibungsflächen. Alles aber wird zurücktreten müssen gegenüber dem bestimmt bereits im nächsten Winter entbrennenden Kampf um den neuen Zolltarif. Das offenbar hat dem Kanzler vor Augen geschwebt, als er von den ernsten Zeiten sprach, die es gebieterisch erheischen, daß die bürgerlichen Parteien den Zank einstellen. Die Konservativen haben sich mit überraschender Schnelligkeit bereit gefunden, der Mahnung des Kanzlers zu folgen. So sagt die „Konservative Korrespondenz“ am Schlusse eines langen Artikels:

> „In hohem Maße bemerkenswert waren die Worte, die Herr von Heydebrand über die Zusammenarbeit aller derjenigen sprach, die mit uns die notwendige Sorge für unser preußisches Vaterland und für unser Deutsches Reich haben müssen. Dazu rechnen wir auch die Regierung auf Grund der Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident über die wichtigen Punkte abgegeben hatte. Die konservative Partei ist sich der staatsrechtlichen Notwendigkeit durchaus bewußt, daß sie mit allen diesen Faktoren auskommen muß und es ist kein Zweifel, daß die Rede des Herrn von Heydebrand von allen denen, die es angeht, als die Schaffung eines modus vivendi angesehen werden muß zur gedeihlichen Zusammenarbeit für die Erhaltung Preußens und des Deutschen Reiches.“

Auf den gleichen Ton ist ein Artikel der „Kreuzzeitung“ gestimmt. Das Junkerblatt, das dem Kanzler noch vor kurzer Zeit vorwarf, daß er die Zügel schleifen lasse, das ihn als die Inkarnation staatsmännischer Unfähigkeit hinstellte, findet jetzt auf einmal, daß zwischen

der Regierung und den Konservativen eigentlich gar keine Differenzen bestanden haben, höchstens können von gelegentlichen Mißverständnissen die Rede sein. Die „Kreuzzeitung“ schließt ihren Artikel:

„Der Herr Reichskanzler hat in den drei Reden im Herrenhause und Abgeordnetenhause vollkommen anerkannt, wie schwere Bedenken steuerlicher und staatsrechtlicher Art einer Fortsetzung der Besitzbesteuerung durch das Reich entgegenstehen, die zur Vernichtung der in den Besitz liegenden Kulturelemente und zur Auflösung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches führen muß. Er hat sich ferner mit aller Entschiedenheit dazu bekannt, daß die staatsrechtliche Stellung Preußens im Reich, daß die Regierungsgewalt des Kaisers und die Kommandogewalt des obersten Kriegsherren gewahrt werden müssen. In den konservativen Reden aber, namentlich in den Schlußworten des Herrn v. Heydebrand, ist mit aller Klarheit zum Ausdruck gekommen, daß die konservative Partei es ihrerseits an der nötigen Entschlossenheit bei der Vertretung dieser Grundsätze und an der Unterstützung der Regierung bei tatkräftiger Erfüllung dieser Aufgaben nicht fehlen lassen will. Dem können wir uns im Einklang mit den zu Beginn dieser Ausführungen hervorgehobenen konservativen Grundauffassungen nur vollkommen anschließen.“

Der Landwirtschaftsetat im preußischen Abgeordnetenhause.

Im preußischen Abgeordnetenhause begann am Montag bei schwacher Besetzung die zweite Lesung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. In der Generaldebatte wurde von agrarischer Seite über niedrige Getreidepreise und niedrige Zuckerpreise geklagt. Wie der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer auf seiten der Agrarier steht, beweist sein Ausspruch, daß er den Tiefstand der Zuckerpreise bedauere; mit anderen Worten, die Interessen der Konsumenten sind Nebensache. — Von klerikaler Seite wurde der Landwirtschaftsminister getadelt, weil er sich der Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen widersetze. Der Minister erwiderte, daß er zwar grundsätzlich diesen Standpunkt einnehme, daß er es aber für selbstverständlich halte, wenn der gesamte Unterricht von Religion durchdrungen wäre.

Große Aufmerksamkeit fanden die etwa zweistündigen Ausführungen unseres Genossen Braun, der auf Grund eigener Anschauungen und eigener Erfahrungen die Lage der Landarbeiter besprach und den Agrariern zu Gemüte führte, daß die Leutenot, über die sie klagen, nur dann ein Ende haben könne, wenn die Not der Leute beendet sei. Auch sonst bewies Genosse Braun durch seine Ausführungen, wie sehr er in das Problem der Agrarfrage eingedrungen ist. Er legte dar, daß die Landwirtschaft in der Hauptsache deshalb krank sei, weil sie nicht die Aufgabe der Volksernährung, sondern das Privatinteresse der heutigen Besitzer in den Vordergrund schiebt und sprach sich sehr energisch für eine stärkere Kultivierung von Ödland aus, u. a. regte er an, man möge der Regierung das Recht geben, solche Besitzer, die mit Rücksicht auf ihre privatkapitalistischen Interessen ihre Pflichten der Allgemeinheit gegenüber vernachlässigen, zu enteignen.

Dienstag wurde die Beratung fortgesetzt.

Echtpreußische Beschimpfungen des Reichstages.

Der noch recht obskure „Preußenbund“ hielt am Sonntag im Saal der Budgetkommission des Dreiklassenhauses den ersten „Preußentag“ ab. Schon die Wahl des Lokales und die Beschränkung auf Eintrittskartenbesitzer zeigt, daß diese Leute keinerlei Gemeinschaft mit dem Volke haben. Das hinderte die Redner — den Handelskammersyndikus Rocke-Hannover, den Oberjunker v. Heydebrand, die z.-D.-Generäle von Wrochem und Rogge und den Pfarrer Philipps — aber nicht immerfort für ihre extrem-reaktionäre Redereien das Volk zum Schwurzeugen anzurufen! Und es wurde allerlei Achtenswertes geleistet! Herr v. Heydebrand begnügte sich noch mit allgemein-patriarchalischen Aufforderungen an die „guten Preußen“, die er sogar — wie gnädig auf einmal — in allen bürgerlichen Parteien sieht, daß man dort endlich den edlen harten Preußengeist der Gottesfurcht, Königstreue (wie bei der Kanalvorlage und bei der Wahlreform!) und der Ordnung (wie in Zabern!) wieder erwecken soll. Dann aber wurde es immer gröber. Die beiden Generäle konnten sich als richtige Vertreter des „Volksheeres“ gar nicht genug tun, in ihren Referaten über das „preußische monarchische Heer“ und über „Preußens Beruf“ nach Kräften im Offizierskasinoton über den Reichstag, über die „liegende Demokratie im Reich“, über den Zaberner Pöbel, über die „gemischte Gesellschaft, die sich jetzt Reichstag nennt“ usw. zu schimpfen. Alles zum Dank für die schrankenlose Militärfrommheit des Reichstags!! Die Reformanträge der „Erzberger, Scheidemann und Genossen“ bei der Wehrvorlage wurden da unter lebhaftestem Beifall „unverschämte Anmaßungen des Reichstags gegenüber der Kommandogewalt“ genannt und so ging das die ganze Zeit hindurch fort! Eine Anzahl konservativer Dreiklassenmänner wohnten dieser feinen Versammlung bei, die natürlich außer an den König von Preußen auch an den echtpreußischen Rationalheros Kriegsminister v. Falkenhayn Huldigungstelegramme abschickte. An Reuter drahtete man trotz mancher Anregungen nicht, da sonst die Richtantelegraphierung des Reichskanzlers doch gar zu sehr aufgefallen wäre! Pfarrer Philipps forderte gleich den Vorrednern absolutes Königtum von Gottes Gnaden, Verwendung des „Volksheers“ gegen das Volk usw. — In der Diskussion sprach ausgerechnet der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Dr. Rösicke, gegen die Sucht nach Sold (!) und der bürgerliche Reaktionär Jansen-Barmen versuchte vergeblich, den junkerlich-pfäffischen Charakter des feinen Preußenbundes zu bestreiten.

Einschränkung der Säbeldiktatur.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat am Montag im Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt als Initiativantrag eingebracht. Das Gesetz besteht aus vier Paragraphen.

§ 1 besagt: Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Ersuchen der zuständigen Zivilbehörde verwendet werden. Die Fälle, in denen ein solches Ersuchen zulässig ist und die Form, in der es zu erfolgen hat, bestimmt der Bundesrat.

§ 2 sagt: Unberührt bleibt das Recht der bewaffneten Macht, die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu schützen.

Der § 3 regelt die Fälle, in denen der Gebrauch der Waffe, abgesehen von Fällen der Notwehr, gestattet ist. Dieser Gebrauch soll gestattet sein zur Abwehr eines Angriffes oder zur Überwältigung eines gefährlichen Widerstandes; ferner zur Erzwingung der Ablegung der Waffen oder anderer zum Widerstand geeigneter gefährlicher Werkzeuge; außerdem zum Schutze der dem Militär zur Bewachung anvertrauten Personen und Sachen. Endlich zur Vereitelung der Flucht von Personen, welche ergriffen oder festgenommen worden sind.

Was mit diesem Gesetz an dem gegenwärtigen Zustand geändert werden soll, ist eigentlich nicht recht zu ersehen; denn im Falle Zabern hätten sich sowohl der Oberst als auch die Leutnants ganz ruhig auf den § 3 dieses fortschrittlichen Gesetzentwurfes beziehen können. Die Fortschrittler waren von der Absicht geleitet, die Eigenmächtigkeiten des Militärs einzuschränken, in Wirklichkeit ist aber dieser Gesetzentwurf derart verschwommen, daß die Willkürherrschaft des Militärs in keiner Weise eine wesentliche Einschränkung erfahren würde. Bei der Geschäftslage des Reichstags ist allerdings obendrein gar nicht damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf in absehbarer Zeit vom Plenum beraten werden könnte.

Reichsverbandsgeneral v. Liebert

ist im 14. sächsischen Reichstagswahlkreise Borna vom Verein reichs- und königstreuer Wähler für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl wieder als Kandidat aufgestellt worden. Er wird, wie die „Post“ mitteilt, von den vereinigten Reichsparteien und von einem Teil der Nationalliberalen unterstützt werden.

Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Schwarzburg-Rudolstadt beseitigt.

Bei der am 19. Januar in Frankenhausen-Land stattgefundenen Landtags-Ersatzwahl wurde an Stelle des verzogenen sozialdemokratischen Genossen Söhle ein Bürgerlicher mit 569 gegen 410 Stimmen gewählt. Bei der letzten Wahl hatte der sozialdemokratische Kandidat 482 und der bürgerliche 463 Stimmen erhalten. Der Landtag setzt sich nunmehr aus acht bürgerlichen und acht sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen.

Eine Interpellation über Zabern

beschäftigte gestern auch die reichsländische Erste Kammer. Fast alle Redner verurteilten das Vorgehen des Militärs auf das Schärfste; nur 2 Offiziere verteidigten dasselbe. Nach längerer Debatte wurde eine das Verhalten der Soldateska in Zabern scharf verurteilende Resolution mit 33 gegen 3 Stimmen angenommen.

Staatsmittel zur Bekämpfung der Landflucht.

In den letzten Tagen haben in Ostpreußen Erhebungen stattgefunden, die sich mit der Ausdehnung der Landflucht und deren Folgen befaßten. Die Erhebungen haben den Zweck gehabt, festzustellen, inwieweit der Staat einzugreifen habe, um die enorme Abwanderung der arbeitenden Landbevölkerung nach den Städten nach Möglichkeit zu verhindern. Die Erhebungen sollen abgeschlossen sein und das Ergebnis dürfte sein, daß zur Förderung der Rückwanderung von deutschen Auswanderern erhöhte Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, wenigstens will dies ein ostpreußisches Blatt an zuständiger Stelle erfahren haben. In den einzelnen landwirtschaftlichen Instituten sollen geeignete Maßnahmen zu wirksamer Bekämpfung der Landflucht getroffen werden. Auch hierzu sollen Staatsmittel hergegeben werden. In den ländlichen Fortbildungsschulen wird in nächster Zeit auf die Jugend eingewirkt werden, mehr als bisher ansässig zu bleiben. Ferner wird in den Großstädten und größeren Provinzstädten in denen erhebliche Arbeitslosigkeit vorhanden ist, eine geeignete Arbeitsvermittelung nach dem Lande einsetzen; dadurch soll auch die herrschende Arbeitslosigkeit in den Städten herabgemindert werden.

Es scheint also, als ob der Ruf der Arbeitslosen um Hilfe mit der Bemerkung: „Geht aufs Land!“ beantwortet werden soll. Uebrigens muß der Landarbeitermangel den Agrariern schon sehr auf den Nägeln brennen, wenn solche Erhebungen angestellt werden. Natürlich wird man mit diesen Mitteln die Landflucht nicht beseitigen. Wollen Staat und Agrarier die Leute auf dem Lande halten, so müssen sie vor allen Dingen die Maßnahmen ergreifen, die von der Sozialdemokratie seit vielen Jahren vergeblich gefordert worden sind.

Dem Verdienste seinen Orden.

Am 18. Januar ergießt sich in Berlin regelmäßig ein gewaltiger Ordenssegen über allerhand verdiente Personen vom Kanzleidiener aufwärts. In der Regel pflegt außer den Beteiligten und denen, die gern beteiligt gewesen wären, niemand die lange Liste der „Ausgezeichneten“ durchzulesen, und so bleibt manches „Verdienst“ unbekannt. Zufällig ist aber bekannt und durch Prüfung der Liste festgestellt worden, daß den „Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife“ unter anderm erhalten hat — **Oberst v. Reuter**, Kommandeur des 99. Infanterieregiments in Zabern.

Bravo! Nach der Freisprechung mußte die Ehrung erfolgen. Sie war nötig, um die Konsequenz des Systems zu zeigen.

In den ersten Jahren der Regierung Wilhelms II. machte es Aufsehen, daß er den Soldaten Lück, der auf Posten einen Zivilisten erschossen hatte, mit den Gefreitenknöpfen auszeichnete. Heute überrascht es nicht mehr, wenn Oberst v. Reuter, der in Zabern so energisch dem Zivilpack seine Richtigkeit klarmachte, mit einem Orden bedacht wird.

Die „Zeitung der Zeitungen“.

Vor einigen Monaten veröffentlichte die Parteipresse den Plan zur Gründung einer „Zeitung der Zeitungen“ und eines Unternehmens, das darauf hinausgeht, die große internationale Presse im Sinne der deutschen offiziellen Politik zu informieren und wahrscheinlich auch zu beeinflussen. Es sollte alles sehr großartig werden. Nun ist ins Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eine G. m. b. H. „Preßbureau zur Förderung gegenseitiger Kenntnis der Kulturvölker“ eingetragen worden, die eine Weltrevue „Zeitung der Zeitungen“ und eine internationale Preßorganisation „Europäische Briefe“ betreiben will. Geschäftsführer ist der schon seinerzeit genannte Arthur Kirchhof. Er bringt in die Gesellschaft die Abschlüsse an Abonnements, Inseraten und Abmachungen mit den internationalen Zeitungen ein, wofür ein Wert von 19 500 Mk. angesetzt ist. Das ganze Gesellschaftskapital beträgt satzungsgemäß 20 000 Mk. Da das von Kirchhof Eingebrachte auf die Stammeinlage abgerechnet wird, tritt das weltumspannende Unternehmen also mit einem Kapital von 500 Mk. ins Leben!

Südafrika.

Der Gewaltstreich der Regierung fordert den Protest aller rechtlich Denkenden heraus. Eine große Zahl südafrikanischer Advokaten beschloß in einer Versammlung, eine Entscheidung des höchsten Gerichts über die ungesetzlichen Massenverhaftungen der Arbeiterführer herbeizuführen.

In den englischen liberalen Kreisen wird der schlechte Eindruck, den Bothas rigorose Methoden machten, besonders durch die Verhaftung des Unterhausmitgliedes Creswell, des hochangesehenen Führers der südafrikanischen Arbeiterpartei, vertieft. Die Verhaftung erfolgte, weil er gesprächsweise den Streikenden geraten habe, festzubleiben. Die liberale „Daily News“ gibt einer weitverbreiteten Stimmung Ausdruck, wenn sie fragt: Was ist Zabern im Vergleiche zu Johannesburg?

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 20. Januar.

Heraus zum Protest!

Arbeiter und Arbeiterinnen!
Euer Vereinigungsrecht ist in Gefahr!

Was allen andern Leuten erlaubt ist, das soll den Arbeitern nicht mehr erlaubt sein.

Die Unternehmer dürfen sich ungehindert vereinigen und dürfen jeden Angehörigen ihres Berufes durch Strafen und Zwangsmittel aller Art nötigen, der Vereinigung beizutreten und sich allen Beschlüssen zu fügen.

Ihnen geschieht nichts. Durch Hinterlegung von Wechseln im Betrage von oft mehreren tausend Mark können Unternehmer z. B. von ihrer Organisation gezwungen werden, einem Arbeiter die Beschäftigung zu verweigern, wenn ihn ein anderer Unternehmer entlassen hat.

Für Arbeiter besteht heute schon ein Ausnahmegesetz im § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, der

für Handlungen der Arbeiter härtere Strafen

festsetzt, als das allgemeine Strafgesetzbuch für Handlungen aller Bürger.

Das genügt aber den Scharfmachern noch nicht. Sie wollen noch schärfere Gesetze gegen die Arbeiter!

Ganz knebeln will man die Arbeiter, ihnen jede organisatorische Betätigung unmöglich machen!

Man will verhindern, daß sich die Arbeiter in der Zeit der steigenden Lebensmittelpreise höhere Löhne erkämpfen. Nicht nur den Kampf um die Hebung ihrer Lebenslage will man den Arbeitern unmöglich machen, man will sie selbst hindern, sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zu wehren.

Das ist der wahre Sinn des großen Geschreies über den „unerträglichen Terrorismus“ der Arbeiter!

Dagegen müssen sich die Arbeiter mit allen Kräften wehren!

Zur wirtschaftlichen Unterdrückung kommt die politische Rechtlosigkeit, die sich in dem **Säbelregiment von Zabern** und den

Urteilen von Straßburg

so unbekümmert offenbart hat. Das trifft freilich nicht nur die Arbeiter, das trifft auch den größten Teil des Bürgertums.

Hätte dieses Bürgertum etwas politische Einsicht, dann stellte es sich heute an die Seite der organisierten Arbeiter und führte mit denen zusammen den Kampf für Bürgerrecht und politische Freiheit. Leider hat das deutsche Bürgertum stets dem Junkertum und der herrschenden Bureaukratie Handlangerdienste geleistet.

Den Arbeitern bleibt es vorbehalten, indem sie für ihre wirtschaftliche und politische Freiheit kämpfen, zugleich

das deutsche Volk zu erheben zu politischer Freiheit!

Darum heraus zum Protest, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen!

Gegen die wirtschaftlichen Knebelungspläne!
Für Arbeiterrechte und Arbeiterfreiheit!
Für Bürgerfreiheit und politische Kultur!
Kein klassenbewußter Arbeiter fehle am Donnerstag abend in der Volksversammlung im Gewerkschaftshaus!

Die Bürgerschaft hatte in ihrer gestrigen Versammlung eine sehr umfängliche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst war ein erster Stellvertreter des Wortführers an Stelle des Herrn Dr. Eschenburg, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hatte, zu wählen. Die Vorversammlung der Erstklassigen hatte Herrn Dr. Benda für diesen Posten bestimmt; er würde denn auch damit betraut. Auf Genossen Löwigt entfielen 10 Stimmen.

Vom Senatstische wurde die Mitteilung gemacht, daß der Senat grundsätzlich für den Ausbau der Straßenbahn nach Travemünde eintritt, der rund 2 000 000

Mark kosten wird; die Ausführung des Baues soll allerdings noch um 1 Jahr zurückgestellt werden.

Die vom Senat beantragte Umwandlung der Stelle des ersten Assistenzarztes der Heilanstalt Strecknitz in eine feste Stellung mit Pensionsberechtigung wurde angenommen, nachdem sich Genosse Dr. Schlomer und andere Redner dafür ausgesprochen hatten.

Eine lange Aussprache zeitigte die vom Verein zur Fürsorge für Geistesschwache gewünschte Gewährung eines Darlehens von 80 000 Mark zur Errichtung einer Idiotenanstalt bei Vorwerk. Genosse Dr. Schlomer sprach sich gegen die Vorlage aus, damit die Anstalt vom Staat übernommen und unter Leitung eines Psychiaters, mindestens jedoch unter pädagogischer Leitung mit einem Psychiater als Beirat gestellt werde. Gegen diese Ausführungen wandte sich besonders Dr. Langenheim, der dem Vorstand des Vereins zur Fürsorge von Geisteskranken angehört, in langer Rede, in der er darlegte, daß die bisher erzielten Resultate der Anstalt günstige gewesen seien. Die Bürgerschaft stimmte schließlich mit großer Mehrheit dem Senatsantrage zu.

Abgelehnt wurde die Senatsvorlage, welche dem Travemünder Schulverein einen jährlichen Staatszuschuß für seine Privatschule bewilligen wollte. In wirkungsvoller Weise betonte Hauptlehrer Schulmerich, daß man an dem Grundsatz, daß eine Privatschule sich selbst zu erhalten habe, festhalten müsse. Wenn man den Travemündern Zuschüsse zahlen wolle, so dürfe man solche auch den Schlutupern und anderen nicht verweigern, wenn sie sich Privatschulen errichten würden. Genosse Löwigt erklärte, daß für die Bürgerschaft gar kein Anlaß vorliege, eine derartige Privatschule zu unterstützen, die hauptsächlich dazu dienen solle, die Kinder der wohlhabenden Eltern von denen der minderbemittelten zu trennen. Diese gegen die Senatsvorlage vorgebrachten Gründe, die Hauptlehrer Reimpel noch vermehrte, vermochten Senator Kulenkamp und Herr Grünau nicht zu entkräften. Die Mehrheit versagte demgemäß dem Senatsantrag ihre Zustimmung.

Die vom Senat vorgeschlagenen Bestimmungen über den Gemeinde-Waisenrat boten Genossen Dr. Schlomer Veranlassung zu der Anrege, auch Arbeiter in der Waisenfürsorge zu verwenden und ihnen auch Gelegenheit zu geben, in der Behörde mitzuarbeiten. Ein Antrag auf Vermehrung der Zahl der in der Behörde tätigen Personen wurde leider abgelehnt.

Zugestimmt wurde der Errichtung einer Polizei- und Feuerwache auf den Vorwerker Wiesen. Genosse Ehlers kritisierte bei dieser Gelegenheit die Tatsache, daß die durch Hochwasser Geschädigten noch für die ihnen von der Feuerwehr geleistete Hilfe besonders bezahlen mußten. Das solle man nicht verlangen. Weiter beantragte er, den Senat zu ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, welche Maßnahmen gegen die Hochwassergefahr zu ergreifen seien. Dr. Wittern unterstützte die Anregungen von Ehlers und stellte den Antrag, die Hilfe der Feuerwehr bei Hochwassergefahr unentgeltlich zu leisten. Dieser Antrag wurde dem Senat entgegengebracht. Der Antrag von Ehlers soll auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftssitzung kommen.

Zur Verlesung kam eine Eingabe der Hafenarbeiter, in welcher eine Aufhebung resp. Abänderung der polizeilichen Absperrungsmaßregeln bei den Holzlagerplätzen an der Untetrave gefordert wird, weil dadurch die Arbeiter schwer geschädigt worden sind. Genosse Stelling nahm den Antrag als seinen eigenen auf und betonte mit Nachdruck, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar sei. In der nächsten Bürgerschaftsversammlung soll darüber weiter verhandelt werden.

Ein interessanter Zwischenfall ereignete sich bei der Vorlage betr. die kaufmännische Fortbildungsschule. Hier unternahm Herr A. Pape im Handelsinteresse Lübecks einen Vorstoß gegen den Katharineumsdirektor Dr. Reuter, der sich an der Flensburger Dänenhetze hervorragend beteiligt hat und damit zur Trübung der deutschen Handelsbeziehungen mit Dänemark beitragen half. Der alldeutsche Herr antwortete mit den üblichen nationalen Phrasen, die allerdings bei einem großen Teil der Erstklassigen einen Resonanzboden finden. Der Wortführer verhinderte dann eine weitere Aussprache in dieser Angelegenheit.

Gegen 11 Uhr wurde die Versammlung vertagt, die auch eine Anzahl Senatsanträge debattelos genehmigt hatte. Am kommenden Montag sollen die noch nicht erledigten Senatsanträge, elf an der Zahl, sowie die übrigen Gegenstände der Tagesordnung erledigt werden.

Auszug aus dem Jahresbericht des Verbandes der Steinsetzer und Berufsgenossen, Filiale Lübeck, für 1913. Am 1. Januar 1913 zählte unsere Filiale 83 Mitglieder. Aufgenommen sind 6, zugereist 18, vom Militär zurückgekommen 2. Abgang: zu anderen Verbänden übergetreten 4, abgereist 22, gestorben 1, wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen 3, so daß am Jahresschluß 79 Mitglieder vorhanden waren. An Versammlungen wurden abgehalten: eine General- und elf Monatsversammlungen; dieselben waren nicht so besucht, wie man es eigentlich erwarten sollte. Es lag aber zum Teil auch an der schlechten Konjunktur. War doch eine Firma genötigt, den größten Teil des Jahres mit sämtlichen Arbeitern außerhalb zu arbeiten. Vorstandssitzungen wurden 14 abgehalten, außerdem nahm der Vorstand noch an vier Vorstände-Konferenzen teil. Die Kassengeschäfte regelten sich wie folgt: eingenommen wurden für die Hauptkasse 1782,12 Mk., für die Filialkasse 503,86 Mk. Die Statistik wurde in diesem Jahre eifrig gepflegt; viele Kollegen aber wissen den Wert dieser Einrichtung noch immer nicht zu schätzen. Das muß in Zukunft anders werden. Wie schon erwähnt, war die Konjunktur im verflossenen Jahre nicht günstig. Schon gleich im Frühjahr begann die Arbeitslosigkeit und hielt auch fast den ganzen Sommer an. Eine Anzahl Kollegen mußte sich nach auswärts wenden, was für die Betreffenden eine bedeutende Mehrausgabe verursachte, da zwei Hausstände geführt werden mußten. Schuld an diesen Zuständen trägt auch zum Teil die Baudeputation. In einer möglichst kurzen Zeit soll eine Neuarbeit fertiggestellt sein; es wird mit Hochdruck gearbeitet. Der betreffende Unternehmer versucht nun von weit her Arbeitskräfte zu bekommen, und nach ein paar Wochen liegen die Kollegen wieder auf der Straße. Es würde ein Vorteil für sämtliche Kollegen sein, wenn die betreffende Behörde sich entschließen möchte, hier einen Modus zur Einführung zu bringen, der für die Arbeiterschaft sowie für unser ganzes Gewerbe auf einer gesunden Grundlage ruht! Unser Lohntarif läuft am 1. April 1914 ab. Die erforderlichen Maßnahmen, um einen neuen Tarif abzuschließen, sind von uns unternommen. Wir hoffen, daß bei einigem guten Willen der Unternehmer es gelingt, einen für beide Teile annehmbaren Tarif zustande zu bringen. Mag dem aber sein wie ihm wolle, wir sind gerüstet. Wenn, wie bisher, ein jeder Kollege seine Pflicht und Schuldigkeit tut, dann können wir getrost den kommenden Ereignissen ins Auge schauen!

Verworfene Revision. Wegen gefährlicher Körperverletzung hat das Landgericht Lübeck am 6. September v. J. die verehelichte Elise K. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte ein im ersten Lebensjahre befindliches Kind in Pflege, daß sie so schlecht ernährte und so unsauber behandelt haben soll, daß das Kind an den Folgen dieser Behandlung verstorben sei. Darin ist die der Angeklagten zur Last gelegte gefährliche Körperverletzung erblickt worden. Gegen das Urteil hatte die Angeklagte, die jede Schuld bestritt, Revision eingelegt, die indessen gestern vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

b. **Schöffengericht** am 20. Januar. Vom „zahlungsfähigen" Mittelstand. Das Geschäftsprinzip eines hiesigen Kaufmanns war, nicht über 20 Mark Mark auf Kredit zu geben. Diesen löblichen Grundsatz verstand eine 65jährige Maklersfrau U. dadurch zu durchbrechen, daß sie auf ihr Bankguthaben und auf das voraussichtlich gute Geschäft ihres Mannes anspielte. Der Kredit wurde verdreifacht, doch als der Kaufmann endlich Geld haben wollte, war das Recht des Kaisers verwirkt. Die nicht vom Notleiden vergrämte Frau kam wegen Betruges vor Gericht, das sie zu 40 Mark Geldstrafe verurteilte. Um eine runde Schuld zu haben, bezahlte Frau U. 1,04 Mark ab! — Der Pfandschein für die Zechschuld. Ein Kaufmannsstift B. ordnete bei einem Tischlermeister die Schreibarbeit, wobei ihm ein Pfandschein in die Hände fiel. Mit diesem Papier ging er hin und beglich eine Zechschuld von zwei Mark. Das war immerhin ein sonderbarer Tausch, denn die Waren hatte der Eigentümer für 60 Mark versetzt. Urteil 2 Wochen Gefängnis. — Im Rausch wehrte sich der Landarbeiter R. gegen seine Verhaftung und schlug dem Schutzmann mit seinem Knotenstock eins über den Rücken. Seine Dutzend Vorstrafen auf diesem Gebiet kommen hierbei in Betracht. Er wird zu 4 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. 6 Wochen Haft für den Lärm gibts nebenbei. — Kleinmeisterschmerzen. Als eine unberechtigte Einmischung in die freie Konkurrenz betrachtete es der Schlachtermeister Gr., als ein Kollege durch einen Handlungsgehilfen Geschäftskarten auf den Torpedoböten verteilen ließ, die im hiesigen Hafen lagen. Er ist der Meinung, daß diese Empfehlungsabgabe nur durch den Schlachtermeister selbst ausgeführt werden dürfe, deshalb ging er hin und zerriß die ihm vom Deckoffizier übergebene Konkurrenzkarte. An sich ein Schildbürgerstreich, den hier der wegen Sachbeschädigung angeklagte Meister ausübte. Er bat um Freispruch, da ihm die Rechtswidrigkeit nicht bewußt gewesen sei und daß man leicht in Aufregung gerate, wenn mehrere Konkurrenten anwesend sind. Urteil 5 Mark Geldstrafe. Armer Meister! — Fliegender Butterhandel. Der Landmann Sch. war früher bemittelt. Seitdem die Kasse versiegt ist, versucht er sich durch gelegentlichen Pferdehandel über Wasser zu halten. Er wohnte bei einem Wirt, der ihm gratis Schlafgelegenheit überließ und mit dem er eines Abends ein Gespräch über Butterabsatz und den Verdienst darüber anfing. Bei dieser Gelegenheit kam zu passender Zeit ein Butterreisender M., der ebenfalls bestätigte, daß beim Butterhandel noch etwas zu verdienen sei, da es sich um ein Kassageschäft handle. Man kam überein, dem Landmann ein Faß Butter zu 1,17 Mark per Pfund zu liefern, der es für 1,27 unter Mithilfe des Reisenden wieder absetzen wollte. Den Kassierer sollte der Wirt spielen, der eine solche Zusage heute ablehnt. Das Faß wurde geliefert, doch gab der Reisende M. bei der Ablieferung seines Auftrages an, daß es sich um den Bruder des Bestellers handle, der die nötige Garantie biete. Der Butterhandel schlug nicht ein, da die Käufer eine bessere Qualität gewohnt waren, wie sie dem Landmann beim Wiederkommen erklärten. Wohin das Geld gekommen ist, weiß der des Betruges mitangeklagte Landmann nicht mehr. Dem Reisenden, der auf Provision reiste, mit der Bedingung, Geschäfte nur mit zahlungsfähigen Kunden abzuschließen, wurde der Betrag von seinem Guthaben abgezogen, so daß weiterer Schaden nicht entstand. Der Staatsanwalt beantragte gegen M. 1 Monat Gefängnis, gegen Sch. Freisprechung. Das Urteil lautet bei M. auf 75 Mark Geldstrafe und sprach Sch. frei.

Einen Menschenauflauf verursachte gestern abend 11 Uhr beim Holstentor ein brennendes Hamburger Auto. Infolge irgend welcher Umstände war Benzin herausgelaufen, sodaß die Straße in hellen Flammen stand und diese am Auto hochzüngelten. Nur durch schnelles Hinwegschieben des Auto wurde größeres Unheil verhütet.

Arbeiterrisiko. Gestern nachmittag 5 Uhr fiel auf der Kochschen Schiffswerft ein Arbeiter, der mit dem Bau einer Stellage beschäftigt war, infolge Wegrutschens eines Brettes von dieser aus einer Höhe von zwei Metern herab, wobei er sich eine Verletzung des linken Fußes zuzog. Es währte recht lange, bis ärztliche Hilfe zur Stelle war.

Volksunterhaltungsabend. Man schreibt uns: Am 19. Januar beging Gustav v. Bunge, der weltberühmte Baseler Physiologe, die Feier seines 70. Geburtstages. Was er auf dem Gebiet der Sozialhygiene geleistet hat, ist in diesen Tagen wohl in der ganzen Kulturwelt anerkannt worden. Seine wissenschaftlichen Untersuchungen ließen ihn auch die Gefährlichkeit des Alkohols erkennen, und unermüdlich hat er in Wort und Schrift diesem Volksfeinde den Boden abgraben helfen. Ihn auch in Lübeck nach Verdienst zu feiern, haben sich sämtliche hiesige Abstinenz-Organisationen zusammengeschlossen, um am 30. Januar in den „Stadthallen" einen eindrucksvollen Volksunterhaltungsabend zu veranstalten. Der als Schriftsteller sehr vorteilhaft bekannt gewordene Dr. med. Bonne-Klein-Flottbeck hat die Festrede übernommen. Da das zum Eintritt berechtigende Programm nur 10 Pfg. kostet und ein sehr genußreicher Abend in Aussicht steht, werden die Programme sicher bald vergriffen sein.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 19. dss. Mts. gegen 4¾ Uhr nachmittags ist vom Flur eines Geschäftshauses in der Holstenstraße ein Fahrrad Marke „Opel" mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, gerader Lenkstange, Freilauf und Rücktrittbremse abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Am Hinterrade befindet sich ein Schloß, und der Mantel des Vorderrades ist geflickt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, dem 22. Januar, wird im Stadttheater ein Strindberg-Abend veranstaltet. Es gelangt eine der eigenartigsten Schöpfungen Strindbergs, „Wetterleuchten", zur Aufführung. Dieses Werk, das augenblicklich den Spielplan der Kammerspiele bei Reinhardt in Berlin, sowie des Kgl. Schauspielhauses in Dresden beherrscht, ist nicht nur dazu angetan, das Interesse aller literarischen Kreise wachzurufen, sondern es birgt auch viel allgemein Menschliches in sich, daß es jeden Zuhörer sofort in seinen Bann zwingt und bis zum Schluß nicht wieder losläßt. Leider ist es sehr fraglich, ob außer dieser am Donnerstag stattfindenden Aufführung Wiederholungen möglich sein werden, da die Direktion durch anderweitige Verträge mit den Verlagsanstalten sehr stark verpflichtet ist.

Schlutup. Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins hielt am 17. Januar im Gasthof „Zur Linde" ihre Monatsversammlung ab. Es erfolgte zunächst die Aufnahme neuer Mitglieder. Dann wurde die Abrechnung vom vierten Quartal gegeben. Zum Kassierer wurde Genosse Leverens einstimmig gewählt. Vorsitzender Genosse Ackermann brachte einen kurzen Jahresbericht zum Vortrag. Zur Jugendfürsorge wurden die Genossen Ackermann und Moll vorgeschlagen.

E. **Eutin.** Das kommt davon. Wir berichteten im November vorigen Jahres von einer Schlägerei, welche sich bei einem Kriegervereinsball in der Wirtschaft „Mariental" abspielte, woran auch leider zwei organisierte Arbeiter beteiligt waren. War dieses das Vorspiel, so kam am 17. Januar das Nachspiel. Beide wurden an diesem Tage wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung ganz empfindlich bestraft, so erhielt der Maurer B. 7 Monate Gefängnis während der Arbeiter L. 5 Wochen Gefängnis und 40 Mark Geldstrafe erhielt. Der Maurer B. wurde nach der Verhandlung in Haft behalten und gleich abgeführt. Das sind die Folgen des Alkohols. — Feuer. Montag abend 8 Uhr ertönte das Horn der Feuerwehr. Das von dem Tischlermeister Tarrach bewohnte Gebäude des Unternehmers Steenbock wurde ein Raub der Flammen. Die Entstehung des Feuers ist noch unbekannt.

k. **Ahrensbök.** Eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Fürstentums Lübeck fand am 18. Januar hier statt. Den ersten Gegenstand der Beratungen bildete die Zentralisierung der Kartelle des Fürstentums. Der Vorsitzende Genosse K. Fick ersuchte die Delegierten zunächst um einen Bericht. Ahrensbök spricht sich für die Zentralisierung aus, auch Stockelsdorf und Schwartau; nur Eutin ist gegen den Anschluß an Lübeck. Nach längerer Debatte für und gegen den Anschluß an Lübeck, in der erwähnt wurde, daß das Fürstentum ziemlich viel teurer zu stehen käme, wenn dasselbe an Lübeck angeschlossen würde, wurde die Zentralisierung der Kartelle des Fürstentums für sich beschlossen. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht; erstens vom Vorsitzenden, den Vorstand der Zentrale aus allen Orten zusammenzusetzen, während von den Delegierten Hagemann und Kettelhohn zunächst gewünscht wurde, den Vorstand an einem Orte zu belassen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Vorschlages des Vorsitzenden gegen 2 Stimmen. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden der Gen. K. Fick-Stockelsdorf, zum Kassierer der Gen. Kettelhohn-Schwartau, zum Schriftführer der Gen. Reuter und zum Beisitzer der Gen. Steenbock. Die Wahl der Stellvertreter wurde jedem der vier Kartelle überlassen. Sodann wurde die Geschäftsordnung besprochen und über die Diäten der Delegation verhandelt. Vom Gen. Kettelhohn wurde der Antrag gestellt, die Diäten nach Maßgabe der Entschädigungen, welche von der Partei festgelegt sind, zu gewähren. Der Antrag, für den Tag 6 Mk. und für den halben Tag 3 Mk. (der volle Tag wird gerechnet, sobald die Delegierten über 6 Stunden vom Hause entfernt sein müssen) und Fahrgeld 3. Klasse wird angenommen. Die Zahl der Sitzungen wurde noch nicht festgelegt, sondern solange zurückgestellt, bis die Geschäftsordnung ausgearbeitet ist. Zur Beratung der Geschäftsordnung wird der Vorschlag gemacht und angenommen, daß der gewählte Vorstand sich mit der Zentralleitung in Kiel in Verbindung zu setzen hat, um dann den vier Kartellen eine Vorlage zu unterbreiten. Dann wurde über Bildungssachen gesprochen und wurde den Delegierten mit auf den Weg gegeben, in der Hauptsache in allen Versammlungen auf die Partei- und Gewerkschaftsbüchereien hinzuweisen, damit diese recht rege benutzt werden. Nachdem dann noch im Verschiedenen über die Organisation der Landarbeiter und Ortskrankenkasse gesprochen war, wurde die Konferenz um 4½ Uhr geschlossen.

Hamburg. Bei der Arbeit ums Leben gekommen. Beim O'Swaldkai, am Schuppen 45, wurde ein Kran transportiert. Der Kranführer H. G. O. Prange wollte ein Stück Holz unter dem Kran fortnehmen. Hierbei geriet er aus dem Gleichgewicht und stürzte über die Kaimauer ins Wasser. Nach kurzer Zeit konnte er aus der Eismasse bewußtlos ans Land gezogen werden. Der Tod trat gleich darauf ein. — Ein teurer Sieg. Im Mai des Vorjahres brach in der Margarine- und Speiseölfabrik von Heermann & Co. ein Streik aus, weil die Firma bescheidene Lohnforderungen brüsk ablehnte. Weder der langandauernde Streik noch der Boykott konnten die Firma veranlassen, die Organisation anzuerkennen und die minimalen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Vielmehr sah Heermann & Co. seine Aufgabe in einem wilden Terrorismusgeschrei, das in langen Artikeln in den „Hamburger Nachrichten" erhoben wurde. Die treffendste Anerkennung der Arbeiterforderungen war die Tatsache, daß den Streikbrechern eine Lohnzulage von 2 bis 4 Pfg. gegeben wurde, etwa soviel wie die Streikenden gefordert hatten. Der Streik wurde schließlich aufgehoben und Herr Heermann wurde von seinen Scharfmacherkollegen als Sieger gepriesen. Wie es mit dem „Sieger" bestellt ist, beweisen die Nachrichten, nach denen die Firma sich in bösen Zahlungsschwierigkeiten befindet. Die Halbmonatsschrift „Margarineindustrie" meldet darüber: „Die Firma Heermann & Co., Hamburg-Billwärder, teilt uns mit, daß die in der Presse verbreiteten Nachrichten auf Indiskretionen (!) beruhen. Die schwebenden Verhandlungen seien noch nicht zum Abschluß gekommen und konnten auch in der kurzen Zeit nicht abgeschlossen werden. Richtig sei, daß sie durch die Liquidation der Londoner Koprafirma Henry Finkler & Co. in Mitleidenschaft gezogen sei, außerdem habe der Streik, der im vergangenen Jahre fünf Monate lang ihre Werke fast brachgelegt hätte und der zugleich über ihre Erzeugnisse verhängte Boykott enormen Schaden verursacht; der Betrieb würde indes aufrecherhalten. Die Firma hofft, die Schwierigkeiten zu überwinden." — Den enormen Schaden und die gegenwärtige prekäre Lage hätte sich die Firma ersparen können, wenn sie weniger auf die Scharfmachergesellschaft gehört hätte, die bei Heermann & Co. derzeit „Herr im Hause" war. Versuchskaninchen für Scharfmachergelüste zu spielen, ist noch nie eine angenehme Aufgabe gewesen.

Altona. Im Streit erstochen. In der Wirtschaft der Witwe Kleinworth in Lurup kamen beim Tanz zwei Burschen wegen eines Mädchens mit einander in Streit. Sie wurden aus dem Lokal gewiesen. Draußen stach der Landarbeiter Dordowsky dem 20 Jahre alten Franz Rumrich ein Messer in die linke Brustseite. Rumrich stürzte sofort tot zusammen. Dordowsky floh; er wurde aber noch am selben Abend gefangen und dem Amtsgerichtsgefängnis in Blankenese übergeben.

Kiel. Großfeuer in Moorsee. Über Gaarden kam gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr ein blutroter Feuerschein hoch. Es brannte im Dorfe Moorsee, wo die weichgedeckten Gebäude des Hufners Ernst Arp vollständig eingeäschert wurden. Das Vieh konnte gerettet werden. Das Federvieh kam in den Flammen um. Auch von den Mobilien konnte nur wenig in Sicherheit gebracht werden. In den Flammen blieben auch große Futtervorräte und viel Korn.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

Rote Rabattmarken

Am Mittwoch, dem 21. ds. Mts. beginnt unser

4 Prozent in bar

Inventur-Ausverkauf.

427

1 Posten
Weisse Bezüge 2.95
Weisse gestr. Bezüge 3.95
Damastbezüge sonst bis 15.00
jetzt **5.75** bis **7.50**

Kissenbezüge mit Bogen . . 85 ₰
Kissenbezüge mit Einsatz . . 85 ₰
Kissenbezüge mit Einsatz . . 1.25

Bettücher
ohne Naht **2 25**

1 Posten
Kinderschürzen
Tuch - Unterröcke
Sommer-Unterröcke
Tee- und Hausschürzen
enorm billig.

1 Posten
Damen-Hemden
Damen-Beinkleider } **1.25**

Großer Posten
Damen-Wäsche
etwas angestaubt und einzelne Stücke für jeden nur annehmbaren Preis.

1 Posten Trägerschürzen 95 ₰

1 Posten
Tischtücher
Servietten, Handtücher
bedeutend ermäßigt.

1 Posten **Gardinen**
einzelne Fenster teils für die Hälfte.

Steppdecken
Schlaf-Bettdecken.

Günstige Gelegenheit für ganze **Brautausstattungen.**

Bettstellen für Erwachsene und Kinder große Auswahl.

Fertige Betten

	Bett Nr. 1	Bett Nr. 2	Bett Nr. 3	Bett Nr. 4	Bett Nr. 5	Bett Nr. 6
sonst	28.75	33.50	42.00	54.00	68.00	79.00
jetzt	24.75	28.50	36.00	46.00	58.00	67.50

1 Posten
Oberhemden sonst bis 5.00
jetzt **2.50**

Herrenkragen 4fach
3 Stück **85** ₰

1 Posten
Krawatten sonst bis 2.00
jetzt **25** ₰

1 Posten
Hosenträger.....45 ₰

Kragenschoner
teils für die Hälfte!

1 Posten
baumwollne **Hauskleider**
(6 Meter)
für die Hälfte!

Gebrüder Hefti

Lübeck
Untertrave 111|112
bei der Hüxstengstraße

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meereiprodukte**
in bekannter Güte.
Niederlagen
Geschäfte, welche übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

Kränze
Buketts u. Girlanden
127) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (125

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
(Jugendabteilung.)

Versammlung
der Jugend
am Mittwoch, dem 21. Januar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
426) Die Jugendkommission.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: **Gross. Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **Tanzkränzchen.** 428

Verband d. Maler!

General-Versammlung
am Mittwoch, dem 21. Januar
abends 8½ Uhr.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913.
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes.
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
422) **Der Vorstand.**

Zentralverb. prolet. Freidenker

General-Versammlung
am Mittwoch, dem 21. Januar
abends 8½ Uhr
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913.
2. Jahresbericht.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Antrag.
5. Wahl der Revisoren.

Erscheinen dringend notwendig.
421) **Der Vorstand.**

Akademischer Unterricht
in der Damenschneiderei von Frau K. Baisch, Damenschneidermeister, Gr. Burgstraße 42, III.
Unterricht im Musterzeichnen und Zuschneiden sowie praktische Verarbeitung sämtlicher Damen- und Kindergarderoben. (403
Daselbst eine Näherin gesucht.

Chorverein Lübeck.
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

General-Versammlung
am Mittwoch, dem 28. Januar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913.
2. Jahresbericht.
3. Berichte von der Bezirkskonferenz.
4. Gautag und Wahl der Delegierten
5. Festsetzung der Festlichkeiten.
6. Wahlen.
7. Innere Vereinsangelegenheit.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
423) **Der Vorstand.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Branchen-Versammlung der Bürstenmacher
am Mittwoch, dem 21. Januar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
Jahresbericht. Wahlen.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
424) **Der Einberufer.**

Hansa-Theater
Künstlerische Leitung:
Dir. Fritz Hemberger.
Heute und folgende Tage:
Das vom Publikum und der gesamten Presse als das Vornehmste auf dem Gebiete der modernen Varietekunst anerkannte
Weltstadtprogramm
Jubel ohne Ende
Schlager auf Schlager.
Anfang Wochentags 8¼ Uhr.
Sonntags 8 Uhr.
Vorverkauf für die Abendvorstellungen: rechte Seite b. Sager, Kohlmarkt, linke Seite b. Nagel, Am Markt. (391

Neues Stadttheater
Dienstag, den 20. Januar 1914:
107. Vorst. i. V.-A. 19. Vst. i. Dienst.-A.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Oberst Chabert.
Oper von H. W. v. Waltershausen.
Große Preise. (415
Mittwoch, den 21. Januar 1914:
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8¼ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Zum letzten Male:
Die Kino-Königin.
Operette von Jean Gilbert.
Donnerstag, den 22. Januar 1914:
108. V. i. Voll-Ab. 17. V. i. Donnt.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Strindberg-Abend.
Neuheit! Neuheit!
Wetterleuchten.
Schauspiel von A. Strindberg.
Mittelpreise.

Inventur-Ausverkauf

Die Preise sind in allen Abteilungen ganz bedeutend ermässigt.

Anfang 21. Januar.

Alle regulären, guten Qualitäten
10 bis 15% Ermäßigung,
trotzdem rote Lubeca-Marken.

Reste aller Art.

Seiten günstige Gelegenheit zur
Ausrüstung für die Konfirmation und Aussteuer.

Bitte um Beachtung meiner Schaufenster! 429

Albert Meincke

Königstraße 108, Ecke Aegidienstraße 15.
Niederlagen: Adlerstr. 34, Ecke Klappenstr.
:: Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestr. ::

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 16. Dienstag, den 20. Januar 1914. 21. Jahrg.

Liberales Landtagswahlkartell in Sachsen.

Vor einigen Tagen fand im Landtagsgebäude in Dresden eine streng vertrauliche Besprechung zwischen Landtagsabgeordneten der nationalliberalen und fortschrittlichen Volkspartei statt, der auch der Generalsekretär der sächsischen Nationalliberalen beiwohnte. Zwischen beiden Parteien und Fraktionen wird schon lange über ein Kartell für die nächsten Landtagswahlen im Jahre 1915 verhandelt. Für einige Bezirke Sachsens soll bereits eine Verständigung erzielt sein, in anderen scheint die Handelei aber auf größere Schwierigkeiten zu stoßen. Zu letzteren gehört auch die Lausitz, wo die Angelegenheiten wegen der Nachwahl am 26. Februar aktuell und dringlich geworden ist. Die Fortschrittler haben in der Lausitz noch einen stärkeren Anhang als in anderen Bezirken Sachsens und überdies in der „Zittauer Morgenzeitung" ein verhältnismäßig einflußreiches Blatt.

Ueber den Lausitzer Bezirk wurde nun in der fraglichen Sitzung verhandelt. Der nationalliberale Vertreter suchte eindringlich darzutun, daß es „im Lande einen guten Eindruck und auch Schule machen" würde, wenn beide Parteien im zweiten Kreise, wo die Landtagswahl für unseren verstorbenen Genossen Niem stattfindet, zu einer Verständigung kommen würden. Die Freisinnigen stimmten dem durchaus zu und erklärten sich zu Entgegenkommen bereit. Man erklärte: wenn wir die Lausitz für dies Kartell haben, dann haben wir das ganze Land! Der freisinnige Abgeordnete, der auch im Landesvorstand seiner Partei und im Fraktionsvorstand sitzt, erklärte weiter, daß er persönlich alles tun werde, um eine Einigung zu erzielen. Sie werde allerdings nur auf der „Basis der Parität" zu erzielen sein. Demgegenüber warf der nationalliberale Vertreter die bange Frage auf: Wird denn die „Zittauer Morgenzeitung" damit einverstanden sein und ihre Haltung danach einrichten? Darauf wurde von der anderen Seite erwidert, daß das als selbstverständlich angenommen werden müsse und könne. Darauf der Nationalliberale: Wir müssen eben zusammenhalten, besonders auch gegen die Konservativen. In der weiteren Erörterung spielte die Präsidentenfrage für den nächsten Landtag eine Rolle. Der freisinnige Vertreter meinte, der nationalliberale Präsident sei gefährdet, wenn die Konservativen etwa gestärkt aus der Landtagswahl hervorgehen. Schon das müßte für die Nationalliberalen Grund genug sein, den Freisinnigen entgegenzukommen. Auf eine Einwendung des nationalliberalen Generalsekretärs erwiderte der Freisinnige: „An mir liegt es nicht, Herr Generalsekretär." — Nach stundenlangen Verhandlungen kam man — als Grundlage zu einer Einigung in der Lausitz — zu dem Ergebnis, daß im ersten, dritten und fünften ländlichen Landtagswahlkreis die Nationalliberalen die Kandidaten stellen, im zweiten, vierten und sechsten die Freisinnigen. „Sie erhalten dann zwei Mandate sicher," so erklärte der Freisinnige den Nationalliberalen. —

Die Einigungsbestrebungen der Liberalen kamen danach zu einem positiven Resultat. Das kann von erheblicher Wichtigkeit für den Ausfall der Wahlen werden. Die sächsische Sozialdemokratie wird davon weniger berührt und kaum benachteiligt, weil sie in der Nachwahl ja auch ohnedies auf liberale Stimmen nicht — oder doch nur in ganz geringem Maße — rechnen kann. Den Konservativen aber wird ein schwerer Schlag versetzt, wenn sie infolge eines Kartells der Freisinnigen und Nationalliberalen in allen Kreisen auf sich allein angewiesen sind. Jedenfalls verdient die weitere Entwickelung dieser Dinge das größte Interesse.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. Januar.

Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Minuten. U. a. wird ein Senatsdekret verlesen, das das Verwendungsrecht der Behörden von überschüssigen Mitteln resp. deren Aufrechnung im Rahmen der betr. Senatsanweisung erläutert.

Klein wünscht diese Anweisung den Bürgerschaftsmitgliedern gedruckt vorgelegt, da deren Inhalt für die kommende Budgetberatung außerordentlich wichtig sei.

Ueber die Besetzung des 1. Stellvertreterpostens des Wortführers entsteht eine kleine Debatte, in der Aug. Pape Kommissionsberatung wünscht, die abgelehnt wird. An Stelle Dr. Eschenburgs, der wegen Krankheit um Enthebung ersucht, wird Dr. Benda mit 66 von 100 Stimmen gewählt. Löwigt erhielt 10 Stimmen.

Der Senat verliest wiederholt seine Anschauung über den Straßenbahnbau nach Travemünde, die dahin geht, daß er mit der Vorlage noch 1 Jahr warten will. Die Kosten betragen 1 958 000 Mark. Weiter besagt die Senatserklärung, daß Zinsen für vorausbezahlte Steuern nicht gezahlt werden.

1. Antrag: Umwandlung der Stelle des ersten Assistenzartes der Heilanstalt Strecknitz in eine feste Stelle mit Pensionsberechtigung.

H. Evers gibt den Bericht des Bürgerausschusses über diesen Punkt und empfiehlt die Senatsvorlage. Die sehr hohen Kosten, die die Heilanstalt Strecknitz erfordere, zwingen zur äußersten Vorsicht, weitere dauernde Ausgaben zu bewilligen. Auf die 311 Kranken würden nach dem ursprünglichen Antrage des Senates 4 Aerzte entfallen, dadurch also auf 75—80 Kranke ein Arzt. Strecknitz würde dann in die vorderste Reihe derartiger Anstalten treten, die eine so gute Arztbesetzung aufwiesen. Unter den Anstaltsinsassen seien nur 17 Prozent arbeitsfähig.

Dr. Schlomer gibt den Bericht der Minderheit, die für die sofortige feste Anstellung eines zweiten Assistenzarztes eintritt. Die beschränkte Zahl arbeitsfähiger Kranker habe ihren Grund in den besonderen Lübecker Verhältnissen. Die Schwerkranken bedürften besonderer ärztlicher Beaufsichtigung und machten eine Vermehrung der Irrenanstaltsärzte durchaus notwendig. Auf 100 Insassen müsse mindestens ein Arzt entfallen, der Notstand sei so groß, daß bald Abhilfe geschaffen werden sollte. Es könnten nur solche Aerzte in Frage kommen, die sich das Spezialfach zur Lebensaufgabe gemacht hätten; die sich vorübergehend damit beschäftigen seien ausgeschlossen. Diejenigen, die sich dem Spezialfach widmeten, verlangten feste Anstellung mit Pensionsberechtigung und steigendem Gehalt überall.

Senator Rabe ersucht um Annahme des Senatsantrages, um geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

2. Antrag: Bauliche Veränderungen in der Heilanstalt Strecknitz.

3. Antrag: Ankauf der Parzellen 25 und 26 aus Art. 41 der Mutterrolle von Vorwerk.

Werden debattelos endgültig angenommen.

4. Antrag: Gewährung eines Darlehns von 80000 Mark an den Verein zur Fürsorge für Geistesschwache.

Hierzu liegen Anträge vom Aerztlichen Verein und Lübecker Lehrerverein vor. Der erste fordert die Leitung durch einen psychiatrisch geschulten Arzt, der Lehrerverein will nicht, daß diese Anstalt mit der Heilanstalt verbunden wird.

v. Schack hat nichts dagegen, daß der Staat das Darlehen einige Jahre hergibt. Die Kommission habe recht getan, wenn sie die Platzfrage in den Vordergrund rückte, denn der Staat werde die Anstalt doch später übernehmen müssen. Der frühere Zustand sei unhaltbar gewesen, durch Ueberlassung einer Baracke sei er erträglich gestaltet worden, so daß es gar nicht so große Eile habe. Entschieden empfehlenswerter sei die Errichtung in der Nähe der Strecknitzer Heilanstalt. Jedenfalls müsse erst entschieden werden, ob pädagogische oder ärztliche Leitung besser sei.

Senator Kulenkamp betont, daß weder die Eingabe des Aerztlichen Vereins noch der Standpunkt des Vorredners die Meinung des Senats ändern könnten. Die Praxis sei sich darüber selbst noch nicht klar, ob die ärztliche Leitung notwendig sei, und die Aerzte selbst hätten hierüber geteilte Meinung. Eine große Anstalt erfordere selbstverständlich einen Arzt, in einer solchen kleineren Umfanges sei ein Pädagoge zu bevorzugen, der freilich in enger Fühlung mit dem Arzt zu bleiben habe. Unsere Anstalt soll für 80 Zöglinge erweitert werden, das sei das Höchste, und für diese Zahl sei die bisherige pädagogische Leitung genügend.

Dr. Schlomer: Ich habe nicht die Meinung des Senats, daß die Anstalt nicht verstaatlicht wird. Sie wird über kurz oder lang doch verstaatlicht werden müssen, da sie der Verein kaum aufrechterhalten kann. Alle Gründe sprechen für die Errichtung bei der Heilanstalt Strecknitz, schon allein die wirtschaftlichen: Heizung, Licht, Speisung kann gemeinsam geliefert und die Verwaltung verbilligt werden. Ich bitte den Antrag abzulehnen und die Vorlage einer Kommission zu überweisen. Ich bekenne mich als großer Freund der Forderung, die Anstalt unter psychiatrische Leitung zu stellen. Und selbst wenn der Psychiater nur beratende Stimme haben sollte, muß die Anstalt doch nach Strecknitz, weil die ärztliche Pflege dort besser in Betracht kommt. Aerzte mit rein praktischer Medizin haben wenig Gelegenheit Psychiatrie zu studieren, und doch kann nur ein geschulter Arzt zur Beobachtung solcher kranker Kinder in Frage kommen. Diejenigen, die diese Ansicht heute bezweifeln, werden schnell eines Besseren belehrt werden. Ein solch notwendiges tiefes Erkennen ist dem Pädagogen nicht möglich. Ein anderer Arzt braucht 10 Jahre dazu, und ein Arzt, der nur gelegentlich die Anstalt besucht, wird sich niemals die erforderliche Beobachtungsgabe aneignen können. Nirgends bedarf es größerer Aufmerksamkeit als bei Geisteskranken. Weil in Strecknitz ein der Anstalt nahe wohnender Arzt vorhanden ist, schon aus diesem Grunde muß sie in jener Nähe liegen. Die Tätigkeit kann im Nebenamt ausgeübt werden. Ob die Anstalt dann unter pädagogischer oder ärztlicher Leitung steht, ist gleich. Zur Beobachtung der Kinder ist jedenfalls ein Psychiater nötig, das ist der Standpunkt der hiesigen Aerzte. Diese würden sich sonst den Ergebnissen der Forschung entgegenstellen. Die jüngsten Zweige auf dem Gebiete ärztlicher Wissenschaft befassen sich mit den Idioten und Irren, die bis vor nicht allzu langer Zeit als moralisch Kranke angesehen wurden. Von diesem Irrtum ist man endlich abgekommen. Die sich wissenschaftlich mit der Pflege solcher Kranker beschäftigen, erachten es als ein Unglück, daß diese unter geistlicher Leitung stehen. Es handelt sich um Gehirnkrankheiten, deren Prozeß noch nicht abgeschlossen ist. Es sind viele Arten von Krankheiten, und gerade diejenigen, deren Gehirn sich noch in der Entwicklung befindet, bedürfen der ärztlichen Leitung und Beaufsichtigung am allermeisten. Den Krankheitsprozeß kann ein Lehrer beim besten Willen nicht erkennen, deshalb muß ihm zum mindesten ein Psychiater bei-

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hoefer.

(2. Fortsetzung.)

„Kind, wo denken Sie hin! Ich dachte einen Augenblick daran, auf eine Stunde zu den lebenden Bildern zu gehen; da aber meine sämtlichen Bekannten fehlten und es nur bei einem Billett bewenden ließen, so blieb auch ich zurück. Es ist am Ende auch nur ein Vergnügen für unsere Herren, wie Sie, wenn ich nicht irre, gleich hören werden. Vorwärts in Ihrer Geschichte, Hauptmann!"

„Ich möchte mir nur die eine Bemerkung erlauben", fiel Vogelsberg rasch ein, „ich kenne zwar diese Geschichte noch nicht, Lingelsheim's Fahrten sind aber gemeiniglich — so originell, daß die Damen zuweilen mehr als billig erschrecken. Verzeihen Sie, Hauptmann; Sie werden das freilich am besten beurteilen können." — Seine Auge flog zu Anna mit einem raschen, warmen Blick hinüber, dem die junge Frau wieder einmal nicht scheu, sondern mit gedankenvollem Ernste begegnete.

„Denk's auch", entgegnete Hamilton kurz auf die letzten Worte und nahm einen Stich vom Tische zusammen. „Also nach der Vorstellung und den Bildern war, wie Sie wissen, ein Ball im Kostüm, und obgleich das eigentlich nicht gerade sein sollte, mancher auch in der Maske. Eine hübsche Gestalt, ein weißer Nacken, ein schöner Arm, graziöse Bewegungen ziehen Lingelsheim zu einer dieser Masken. Er schließt sich an sie an, so gut er kann, denn leicht macht sie ihm das nicht; im Gegenteil gibt sie ihm zu verstehen, daß Baron Lingelsheim ihr zu gut bekannt sei, als daß sie irgend etwas mit ihm zu tun haben möchte. Man kommt sich indessen näher, denn er läßt nicht nach, und sie wird wenigstens milder. Sie duldet seine Unterhaltung und weiß darauf einzugehen, wie es ihn sichtbar mehr und mehr aus seiner Verlegenheit bringt; denn Sie wissen, er ist gerade nicht stark im Plaudern, der gute Baron. Er weiß solche Fähigkeit an andern aber zu würdigen. Er wird immer mehr eingenommen; er muß sich sagen, daß seine Begleiterin entschieden zur besten Gesellschaft gehört und durchaus in ihr daheim ist. Sie trennen sich nicht mehr, sie setzen sich sogar zusammen zu Tisch im blauen Kabinett — Sie kennen es, Vogelsberg, es kommen nur Bevorzugte hinein — die Dame trinkt aber nur, abgewandt und vorsichtig die Maske aufhebend, ein Glas Sekt, Speisen lehnt sie ab und verweigert aufs hartnäckigste, dem Baron ihr Gesicht zu zeigen.

„Wozu auch?" flüstert sie nach einem neuen ähnlichen Abschlag, den sie spricht fortwährend leise. „Was hätten Sie davon, Herr Baron? Aber kommen Sie, es wird Zeit, in den Saal zurückzugehen. Man wird mich vermissen." — „Auf keinen Fall laß' ich Sie fort, ohne zu wissen, wer Sie sind!" ruft er. — „Wozu?" fragt sie. — „Um mich Ihnen morgen zu Füßen zu werfen, da Sie es heute nicht erlauben, Unbarmherzige!" ruft er immer entflammter. — „Lieber Baron, wo denken Sie hin! Das wäre eine Stellung, zu der man nur vor einer besonders Bevorzugten und in einem sehr feierlichen Moment sich fortreißen läßt!" — „Madonna, Sie sind für mich das Höchste in der Welt, und der Moment wird der feierlichste meines Lebens. Ich lege Ihnen ja alles zu Füßen, was ich bin und habe!" — „Basta, Herr Baron, wie oft haben Sie das schon verschenkt?" — „Madonna, ich schwöre — lassen Sie mich Ihr Gesicht sehen!" — „Niemals!" — Aber der Ton schwankt, Lingelsheim wird kühner; er legt den Arm um sie — sie sind längst ganz allein — er wagt es, ihre halb entblößte Schulter zu küssen, — wie sie sich sträubt, sich abwendet, verschiebt sich die Maske, — er sieht, starrt, springt auf, flucht — denn es ist — ganz richtig, Gnädige, die Zehn war die höchste — raten Sie, meine Damen!"

„Wer kann das raten! Seien Sie nicht lächerlich, Hamilton!" meinte Frau von Scharfenstein. „Natürlich war es niemand aus unsern Kreisen."

„Doch, Gnädigste, doch!" entgegnete er wieder einmal mit vollstem Phlegma, und nachdem er den Robber berechnet und notiert hatte, setzte er, langsam und deutlich redend, hinzu: „Es war der Fähnrich von Gutheil, meine Damen, der seine Rolle meisterlich gespielt hatte, ein kleiner, vielversprechender Bursch —"

„Ach — Unsinn!" sagte die Scharfenstein noch zögernd und ungläubig, während Vogelsberg sein Lachen nicht mehr zurückhielt, und auch Anna lächelte, obgleich ihr sonst weder die Geschichte noch die Weise des Erzählers übermäßig gefiel, und sie sich — es mochte auch deshalb sein — doch endlich nach Hause getrieben fühlte. Es ward ihr ein wenig unheimlich bei dem allen, und auch die Worte der schönen Wirtin behagten ihr nicht, welche jetzt den früheren aus lachendem Munde folgten: „Sie haben diese — Räubergeschichte uns als Ihr neuestes Phantasiestück aufgetischt, Hamilton!"

„Auf Ehre nicht, Gnädigste, wahr bis in die kleinsten Nuancen! Gutheit hat sie mir im Vertrauen selber erzählt, und ich muß auch Sie um Diskretion bitten. Denn unter uns — das Lächerlichste dieser Lächerlichkeit ist, daß Lingelsheim die Sache wie eine Beleidigung auffassen möchte und dem lustigen Kobold mit einem ganzen Zeughaus voll Waffen zu Leibe gehen will. — Aber was nun? Der Robber ist aus."

„Natürlich spielen wir weiter — füllen Sie mein Glas, Hamilton!" sagte die Wirtin lächelnd und nachlässig in ihren Stuhl zurücksinkend und flüchtig ihre Gäste überschauend. Die Herren verbeugten sich, Anna jedoch sah nach der Uhr und stand hastig auf.

„Mich entschuldigen Sie", sprach sie und trat zu Lucien und bot ihr die Hand. „Ich muß nach Hause. Sie wissen, was ich Ihnen gesagt, Liebe. Man ahnt daheim gar nicht, wo ich bin, und es könnte sein, daß mein Mann schon auf mich wartete. Für die Zukunft werde ich mich besser vorsehen." Sie bemerkte den kalten Blick, der sie aus Hamiltons Augen traf, aber sie ignorierte ihn, und aufs neue der sich erhebenden Wirtin Hand ergreifend, setzte sie hinzu: „Nicht wahr, Sie entlassen mich freundlich?"

„Nun ja doch, Liebe, ich sehe das alles ein, und es muß daher so geschehen. Aber ich lasse Sie nicht allein über die Straße. Aus der Herberge dort unten in der langen Gasse kommen jetzt gerade die sogenannten „ordentlichen" Gesellen zurück, vor deren Begegnung Gott aber jede Dame bewahren möge! Meine Jungfer kann Sie begleiten."

„Davon kann keine Rede sein, gnädige Frau", wandte Vogelsberg lebhaft ein. „Ich muß gleichfalls bald aufbrechen, da ich die Ronde habe, und wenn die gnädige Frau meine Begleitung nicht refusiert —"

„Es ist keine Rede davon — es sind ja nur fünf Schritte, und ich springe schnell hinüber", sagte Anna ernst. Und der Nachbarin mit einer gewissen Vertraulichkeit zunickend und den Herren eine leichte Verbeugung machend, eilte sie aus dem Zimmer. Schnell nahm sie draußen im Vorgemach Schal und Hut; es ward ihr unbehaglicher, unheimlicher und angstvoller von Sekunde zu Sekunde, obschon sie sich alles dessen weder klar war, noch, auch wenn dies der Fall gewesen, einen Grund für diese Empfindungen anzugeben vermocht hätte. Allein die Eile war umsonst, da Vogelsberg ihr fast auf dem Fuße folgte und, den Paletot aufhebend, früher als sie fertig, an der Tür wartete. „Ist das Haus noch offen?" fragte er in gleichgültigem Tone die Jungfer, und da die Antwort bejahend lautete, lehnte er die Begleitung derselben ab und öffnete der herantretenden Anna die Tür. Sie nahm sich zusammen, alles Zögern war vergeblich. Schweigend gingen sie über den Vorplatz und die Treppe hinab.

Drunten auf dem Flur, der sein Licht nur von der Lampe an der Treppe erhielt, an der Straßentür, die angelehnt stand, machte Anna Halt, und die Hand an den Griff legend, sprach sie so gefaßt, wie sie's vermochte: „Nun aber im Ernst, Herr von Vogelsberg, es ist nicht möglich, daß Sie mich begleiten. Es wäre auf den wenigen Schritten lächerlich, und mein Mann liebt solche Begleitung nicht."

gegeben werden. Lehnen Sie den Senatsantrag ab. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Langenheim betont die lokalen Verhältnisse, auf die es hier allein ankomme. Ein Pädagoge sei unter allen Umständen besser als ein Arzt. Die Kinder dieser Anstalt müßten auch eine Hausmutter haben, wie sie jetzt neben dem pädagogisch geschulten Hausvater vorteilhaft wirke. Eine Verlegung nach Strecknitz sei schon deswegen nicht zu empfehlen, weil die dortigen Aerzte überlastet seien. Gegen die Bedürftigkeit des Beihilfe suchenden Vereins habe hier niemand etwas einzuwenden, es handle sich eigentlich nur um 16 000 Mark, denn vom 6. Jahre an wolle der Verein die 80 000 Mark verzinsen. Werde die Anstalt nach Strecknitz oder deren Nähe verlegt, sei der Verein nicht in der Lage, diese Verzinsung zu übernehmen. Manche Leute hätten gegen Strecknitz ein gewisses Vorurteil und würden ihr Kind nicht in die Anstalt geben. Die Folge wäre dann ein Zurückgehen der Anstalt, die auf Grund der Erfahrungen anerkennenswert gewirkt hätte. Der Verein erfülle eine Art staatlicher Aufgabe. Er habe ein vorteilhaftes Terrain mit Obstplantage zu 1 Mark pro Quadratmeter gekauft, das jetzt nicht mehr aufgegeben werden könne. Von den 179 deutschen Anstalten für Schwachsinnige seien 94 von Wohltätigkeitsvereinen gegründet, und von diesen 94 stünden 87 unter pädagogisch-theologischer Leitung, und nur zwei unter ärztlicher. Eine einzige sei nur an die Irrenanstalt angegliedert. Von den 16 Landes- und Provinzanstalten hätetn 7 ärztliche und 8 pädagogische Leitung; 2 von ihnen seien an die Irrenanstalt angegliedert. Bekannt sei auch, daß sich die staatliche Anstalt teurer stelle als die private. Ein Neubau lasse sich keineswegs hinausschieben, die Hintanhaltung wäre im Interesse des Vereins und der Anstaltsinsassen zu bedauern. Redner erwähnt zum Schluß noch, daß ein Hausarzt seit jeher vorhanden gewesen sei, im Ausschuß sitze der Medizinalrat und im weiteren Vorstand ein Spezialarzt. Den Senatsantrag bitte er anzunehmen.

Dr. Schlomer: Der Vorredner hat meine Ausführungen nicht widerlegt, er suchte nur vor den Mehrkosten graulich zu machen und betonte die Billigkeit der jetzigen Versorgung. Ich hobe den Zwischenruf „schlecht" gemacht. Herr Dr. Langenheim meinte, ein Spezialarzt als Leiter oder Beirat würde teurer zu stehen kommen. Ich bekämpfe den Grundsatz, etwas Schlechteres zu nehmen weil es billiger ist. Für die Erziehung und Behandlung solch bedauernswerter Geschöpfe ist das Beste gerade gut genug. Im Bürgerausschuß hob ich schon den Jahresbericht des Vereins hervor, nach dem die bisherigen Hausleiter nicht die Richtigen waren. Ein Hausvater wurde wegen völliger Unfähigkeit entlassen, der andere war einige Jahre da und bekam bei der Entlassung das Zeugnis seiner Unfähigkeit. Darunter hat doch die Anstalt gelitten. Seit einem halben Jahr soll es besser sein, doch nach so kurzer Zeit kann man noch keine endgültigen Wahrnehmungen treffen. Das liegt nicht am guten Willen der Vorsteherschaft, sondern am System. Die Vorsteher betreten alte, ausgetretene Pfade, für die neue Anstalt müssen wir den Forderungen der Neuzeit folgen. Die jetzige ärztliche Behandlung ist ungenügend. Ein Psychiater findet da sehr viel zu tun. Die Bürgerschaft muß den Vorstand auf die psychiatrische Beihilfe hinweisen zum Wohle der Kranken, wenn es auch teurer ist, so doch besser für die Kranken. Die bisherige geistliche Leitung solcher Anstalten beruht auf den geschichtlichen Verhältnissen. Lehnen Sie den Antrag ab.

Hauptlehrer Reimpell hält es für kein Unglück, daß die meisten Anstalten unter geistlicher Leitung stehen. Vor 50 Jahren habe sich noch kein Psychiater um diese Kinder gekümmert. Die Bürgerschaft werde wohl kein Richterkollegium darüber bilden wollen, ob pädagogische oder ärztliche Leitung vorteilhafter sei. Die Aerzte unter sich seien in dieser Frage selbst noch nicht einig.

Dr. Langenheim gibt zu, daß im Anfang eine ungeeignete Persönlichkeit aus einer großen Anstalt gekommen sei, und auch der zweite Hausvater habe nicht genügt, aber nur deswegen, weil größere Ansprüche gestellt wurden. Es sei außerordentlich schwer, geeignete Personen zu finden, denn die Aufgaben für Hausvater und Hausmutter seien sehr groß. Der Hausvater habe stets etwas zu tun, er komme regelmäßig zweimal in der Woche und habe sich im Laufe der Jahre in die besonderen Verhältnisse hineingearbeitet.

Dr. Ziehl unterbreitet alles von Dr. Schlomer Gesagte und widerspricht hauptsächlich Hauptlehrer Reimpell, der Verhältnisse vor 40 oder 50 Jahren als zu Recht bestehend anerkannte. Da müsse er denn doch daran erinnern, daß früher die Lehrer unter geistlicher Leitung gestanden und sich dagegen gewehrt hätten. Wenn heute in dieser Anstaltsfrage anders gehandelt würde, werde es dem Staat später teuer zu stehen kommen.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

„Ich wollte Sie ja auch nur einen Augenblick noch allein sehen!" versetzte er gedämpft und wie traurig. „Wie habe ich mich auf den Abend gefreut, und was hat er mir gebracht? Und welch eine Oede liegt wieder vor mir! — Edeltrud — Süßes, angebetetes Weib, haben Sie nicht ein Wort für mich, an dem ich mich stärken, von dem ich leben kann?" — Er ergriff ihre beiden Hände und zog sie zum leidenschaftlichen Kuß an die Lippen. Sie zitterten wohl fieberhaft, aber sie blieben doch in den seinen, und ihr Auge erhob sich zu ihm mit einem raschen, bangen, scheuen Blick. Das waren die Worte, welche sie nicht hören wollte und durfte, und die sie dennoch berührten und hinrissen.

„Zürnen Sie mir nicht wegen meines Gefühles? Darf ich zu Ihnen kommen? Nehmen Sie mich gütig auf?" Sein Arm legte sich leise um ihre schlanke Gestalt.

„Kommen Sie", murmelte sie nach einer Pause kaum vernehmbar.

„Wann?" Sein Arm legte sich fester um sie.

„Am Montag," flüsterte sie. „Dann —!" Sie stammelte, wie träumend, noch einen Augenblick, dann aber raffte sie sich auf und rang sich los, blitzschnell, denn es ergriff sie wie mit Todesangst. Es war ihr, als sei sein Atem so naß und heiß an ihrer Wange. War er denn wahnsinnig, oder war sie's? Und ohne Gruß, wirbelnden Hauptes, bebenden Herzens, und doch wiederum nur an den denkend, der in so kurzer Zeit und so leicht sie alles hat zu vergessen gezwungen hatte, was stets in ihr gestanden, was sie stets für ihre Ehre, für ihr Glück, für ihren Frieden gehalten hatte und halten mußte.

Erst vor ihrem Hause konnte sie sich wieder auf und sacte zusammen — es war Licht im Wohnzimmer, während sie doch gehofft hatte, Richard werde heute, wie an den meisten Klub-Abenden, nicht vor elf Uhr zurückkehren. Es ging ihr wie ein Stempel durchs Herz. Was war? Offener Kampf, oder Demütigung, oder — Heuchelei? Sie legte die Hände vor die Augen, als wolle sie durch nichts äußeres von dem Bilde in ihr Inneres abgezogen werden. Allein das alles währte nur einen Moment, im nächsten riß sie die Hände von den jetzt dunkel und schier trübe blickenden Augen hinweg, stürzte mit raschem Entschluß und doch so vorsichtig, daß die Glocke kaum vernehmbar angeschlagen wurde, die Tür und trat ins Haus.

(Fortsetzung folgt.)

---

5. Antrag: Gewährung eines Staatszuschusses an den Travemünder Schulverein.

Schulmerich wünscht Travemünde alles Gute, kann aber diese Vorlage auf keinen Fall unterstützen. Die Volksschule müßte mindestens so ausgestaltet werden, daß sie in den ersten Jahren allen Anforderungen entspreche. Wer weiter gehen wolle, müsse sich an die höheren Schulen wenden. Der Antrag, der vorläufig nur 1500 Mk. fordere, werde große Konsequenzen nach sich ziehen. Es handle sich jetzt um 50 Kinder, die man in der Volksschule in einer Klasse unterbringe. Hier verlange der Schulverein drei Klassen. Dann würden bald auch andere Gemeinden mit demselben Recht mit solchen Forderungen kommen. Nach der weiteren Ausgestaltung der Bezirksschule in Travemünde sei eine Privatschule nicht mehr notwendig. Sie könnte auch bestehen, wenn sie sich auf die unteren Klassen beschränken würde. Wollten die Eltern diese Schule haben, müßten sie auch Schulgeld dafür bezahlen. Für die Kinder der Kurgäste könnten wir keine besondere Schule unterhalten.

Löwigt: Ich kann Herrn Schulmerich durchaus zustimmen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Bürgerschaft keine Veranlassung hat, den Senatsantrag anzunehmen, der eine Privatschule unterstützen will, für die absolut keine Notwendigkeit vorhanden ist. Wenn Schüler vorhanden sind, für die die bestehende Schule nicht gut genug ist, sollen sie die Kosten selbst tragen, der Staat hat keine Verpflichtung, einzugreifen. Wir glaubten zuerst, es handle sich um eine bessere Schule mit entsprechendem Unterricht. Dies ist jedoch nicht der Fall, sondern es handelt sich nur darum, die Kinder der Bessersituierten von denen der Minderbemittelten zu trennen, wofür der Staat einen Zuschuß zu den Kosten tragen soll. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Grünau: Herr Löwigt irrt sich, wenn er glaubt, daß in dieser Schule kein besserer Unterricht gegeben wird. Es handelt sich um eine Einrichtung, die das Ziel der hiesigen Ernestinenschule erstrebt. Der Verein habe sich gut entwickelt, habe aus eigenen Mitteln ein Haus gebaut und zwei Lehrerinnen angestellt. Deren Arbeit sei aber zu groß. Nun habe sich die Schule bewährt, weshalb sollten die Travemünder nun ihre Kinder herausnehmen und nach Lübeck schicken. Der Verein zahlte für jedes Kind 50 Mk. hinzu, also private Mittel, die dem Staat erspart wurden. Wenn die Kinder nach hier geschickt würden, käme es dem Staat teurer zu stehen. Alle anderen Privatschulen erhielten jährlichen Zuschuß, obwohl sich die Privatschulen doch selbst erhalten sollten. Der Verein bemühe sich nach jeder Richtung hin, so billig wie möglich zu arbeiten, doch sei der geforderte Betrag nicht mehr herauszubekommen, da es sich nicht nur um Kinder wohlhabender Eltern handle. Redner ersucht um Annahme der Vorlage.

Schulmerich bestreitet, daß bei der Eingemeindung Travemündes daran gedacht worden sei, dort eine höhere Töchterschule zu gründen. Wir könnten doch nicht in jede Gemeinde eine höhere Schule stellen. Die 50 Kinder könnten in städtischen Schulen ohne Mehrkosten untergebracht werden. Die Rechnung des Vorredners stimme hier nicht. Das Ziel der Ernestinenschule werde diese Privatanstalt kaum erreichen, sie stecke sich laut Statut das Ziel der Mittelschule, das sei vernünftig. Man könne das Ziel sehr hoch stecken, aber ein Vergleich mit der Ernestinenschule bleibe aus dem Spiel. Der Zuschuß des Vereins an einzelne Schüler sei nirgends zu ersehen. 4128 Mk. gingen an Schulgeld ein, 6640 Mk. seien Ausgaben und 1755 Mk. mache das Defizit aus, das wir tragen sollen. Bis vor wenigen Jahren habe man hier keine Privatschule unterstützt.

Senator Kulenkamp glaubt, daß hier zur Unterstützung besondere Gründe vorlägen. Von Travemünde als Badeort sei es von besonderer Bedeutung, eine Privatschule zu besitzen. Diese Schule erspare uns Kosten, denn man könne nicht wissen, ob die Kinder hier ohne weiteres untergebracht werden könnten. Für eine solch kleine Schule könnten erhebliche Summen natürlich nicht beansprucht werden.

Hauptlehrer Reimpell wendet sich gegen den Antrag. Eine Schule sollte nur dann unterstützt werden, wenn sie es ihrer Organisation nach verdiene und wenn sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sei. Beides treffe hier nicht zu. Die Schule werde auch ein Hindernis in der Entwickelung der Bezirksschulen bilden. Diesen soll der Staat in erster Linie helfen und bei Travemünde der Bedeutung des Ortes entsprechend vorgehen.

Schulmerich: Es ist keinem Menschen zu verdenken, der das Geld dafür aufbringen kann, wenn er seine Kinder dort, wo keine höheren Schulen sind, in die Privatschule schickt. Die Volksschule kann die Kinder der Bessersituierten wohl entbehren, was sie aber nicht entbehren kann, das ist das Interesse dieser Kreise, die ihre Kinder schon in den ersten Jahren der Volksschule entziehen. Würden jene Kinder auch in die Volks- und Bezirksschulen geschickt, dann würden sich jene Eltern um die Volksschule ganz anders betätigen als bisher. Während heute die Vorschulen nur 40 Kinder aufnehmen dürfen, sitzen in der Volksschule 50 und in den Bezirksschulen 60 und darüber. Gerade die Travemünder Schule ist besser gestellt als die städtischen Schulen.

Hauptlehrer Reimpell bemängelt die bauliche Schulzimmerbeschaffenheit des neuen Schulhauses und fragt, wieviel Kinder der Badegäste die Schule besuchten.

Grünau: Es hätten mehr Kinder diese Schule besucht, wenn die Klassen nicht überfüllt gewesen wären. Die Eltern sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die Schule habe als Lehrziel sich mindestens dasjenige der Mittelschule gesteckt, kommt aber über dieses hinaus. Manche Herren hätten Beihilfen geleistet lediglich deshalb, um Travemünde als Badeort zu nützen. Für lange Zeit werde man mit diesem Betrag auskommen, leiste der Staat keinen Zuschuß, bleibe nichts anderes als die Preisgabe der Schule übrig.

Senator Kulenkamp: Wenn es gelingen sollte, Travemünde als Winterkurort auszugestalten, ist die Schule um so notwendiger.

Dr. Kähler tritt für die Vorlage ein. Die Schule sei auch im Reklame-Prospekt aufgenommen.

Der Senatsantrag wird abgelehnt.

6. Antrag: Erlaß eines dritten Nachtrages zu dem Gesetz vom 6. Februar 1905, betreffend die kaufmännische Fortbildungsschule in Lübeck.

Aug. Pape kritisiert eine in Flensburg gehaltene Rede eines Lübecker Bürgerschaftsmitgliedes über die angeblich schlechte Behandlung Deutscher seitens der Dänen in Nordschleswig. Lübeck als Handelsstadt würde durch solche Reden in seinen Beziehungen zu Dänemark nur geschädigt werden.

Prof. Reuter bestreitet, daß seine Rede geschadet habe. Die Dänen würden weder in der Politik nach außen noch im Handel Sentimentalität kennen. Gerade in Lübeck habe man ihn zu dieser Rede beglückwünscht. Herr Aug. Papa habe am wenigsten Ursache, ihm Vorwürfe zu machen.

Eine von Schneider gewünschte Abänderung wird abgelehnt, der Senatsantrag endgültig angenommen.

7. Antrag: Abänderungen der Bestimmungen des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche über den Gemeindewaisenrat.

Senator Dr. Neumann gibt einige Erläuterungen über die lange Vorberatung dieses Antrages, die eine Uebereinstimmung der Senatsvorlage ergeben habe.

Köster wünscht Kommissionsberatung.

Dr. Wittern unterstützt ihn, wünscht jedoch erst die Auffassung der Bürgerschaft zu hören. Die Kommission müsse sich doch nach etwas richten können. Redner stellt den Antrag, der Ziffer 1 hinzuzusetzen: Ist der Oberbeamte zugleich gesetzlicher Berufsvormund, so ist seine Mitwirkung bei Beratungen und Entscheidungen ausgeschlossen, wenn sie seine Ueberwachung als gesetzlicher Berufsvormund zum Gegenstand haben.

Senator Dr. Neumann betont, daß es sich hier um die Zentralisierung der Jugendfürsorge handelt. Diese Zentrale soll beim Stadt- und Landamt geschaffen werden. Drei erfahrene Mitglieder auf dem Gebiete der Jugendpflege sollen mitwirken. Es handle sich nicht um Bureaukratisierung, sondern um eine Modernisierung, wie sie erfolgreich anderwärts eingeführt worden sei. Die drei Mitglieder sollen schon in der Zentrale tätig sein. Die dem Jugendamt am geeignetst erscheinenden Kräfte sollen herangezogen werden, es müssen wirklich gebildete Personen sein. Von Zwangskräften wolle man in der Jugendpflege absehen, freiwillige Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten würden genügend vorhanden sein. Da die Vorarbeiten noch Wochen dauern, wäre die Verabschiedung der Vorlage heute sehr erwünscht. Der gegenwärtige Zustand sei unhaltbar. Früher seien 150 Kostkinder zu übernehmen gewesen, nach Einführung der Berufsvormundschaft würde die Zahl bis auf 700 wachsen.

Becker wendet sich gegen Kommissionsberatung. Auf diesem Gebiet müsse endlich Wandel geschaffen werden. 80 Waisenräte wie bisher könnten die Arbeit nicht mehr bewältigen. Es sollen einzelne Bezirke gebildet werden, in denen man von Fall zu Fall verhandle. Nachdem sich die Juristen in dieser Frage geeinigt hätten, sollte die Vorlage angenommen werden.

Dr. Schlomer: Eine Vereinfachung ist notwendig. Nachdem uns versichert wurde, daß berechtigte Bedenken nicht vorliegen, können wir von Kommissionsberatung absehen, damit die Neuerung möglichst schnell stattfindet. Der Senat will dafür sorgen, daß alle Kreise der Bevölkerung mitwirken. Wir hoffen dieses im weitesten Maße. Gerade in den Kreisen, die unsere Fraktion vertritt, ist für diese Frage viel Verständnis vorhanden. Jeder ist bereit, sich dieser Arbeit zu widmen. Wir erwarten, daß auch Leute aus den Arbeiterkreisen dazu genommen werden. Im Bürgerausschuß habe ich beantragt, das Jugendamt um einige Mitglieder zu vermehren und statt drei fünf Mitglieder zu nehmen. Das Jugendamt würde dadurch nicht belastet. Die Arbeiterkreise sollen nicht nur Helfer, sondern Mitberater sein.

Senator Dr. Neumann glaubt nicht, daß die von Dr. Wittern angezogene Frage tatsächlich große Bedeutung erlange. Es erscheine nicht tunlich, den Berufsvormund von der Beratung auszuschließen, allerdings dürfe er sich nicht an der Abstimmung beteiligen.

Albers wünscht nicht dutzendweise Vorladung in Vormundschaftssachen zur selben Stunde.

Köster zieht seinen Antrag zurück.

Dr. Wittern hält nach den Senatserklärungen kommissarische Beratung für überflüssig; doch wünscht er die Annahme seines Antrages.

Vom Senatstisch werden die Bedenken des Vorredners nochmals zerstreut.

Dr. Görtz unterstützt Dr. Witterns Antrag, er schließe ein Prinzip in sich, das festgehalten werden müsse.

Der Antrag von Dr. Schlomer wird abgelehnt, derjenige von Dr. Wittern angenommen.

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen.

8. Errichtung einer Polizei- und Feuerwache auf den Vorwerker Wiesen.

G. Ehlers: Es erübrigt sich, zu einer Sache zu sprechen, die schon im Betriebe ist. Die Bevölkerung, die die Tagespresse liest, schüttelt den Kopf, wenn sie liest, daß die Bürgerschaft etwas Fertiggestelltes bewilligen soll. Ich möchte aber eine andere Frage anschneiden, und die betrifft die Tätigkeit der Feuerwehr beim letzten Hochwasser. Die Feuerwehr griff ein, nachdem das Wasser gesunken war. Die Betreffenden, die die Feuerwehr zum Wasserauspumpen in Anspruch nahmen, müssen jetzt hinterher bezahlen. Wenn wir die Feuerwehr aus den Groschen der Steuerzahler unterhalten, dann muß die Feuerwehr auch dem Bürger in Notfällen zu Hilfe kommen. In diesem Falle ist die Hilfe nicht zu vergleichen mit gelegentlichen Vorkommnissen, bei denen die Feuerwehr gerufen wird, um einem drohenden Unheil abzuhelfen, das dem Hausbesitzer weiteren Schaden bringen könnte. Hier handelt es sich um Naturereignisse, vor denen der Staat den Bürger soweit als möglich schützen muß durch seine Einrichtungen, die die Steuerzahler unterhalten. Die kleinen Hauseigentümer mußten für das Auspumpen der Keller bezahlen, während Mieter mit großen Wohnungen frei ausgehen. Ich möchte deshalb die Frage zur Diskussion stellen, ob es nicht möglich wäre, Maßnahmen für die Hochwassergefahr zu treffen. Wenn die Schäden hier auch nicht so groß sind wie im Osten, so sind unsere Bürger doch nicht angenehm davon berührt. Ich stelle deshalb einen dahingehenden Antrag, zu prüfen, ob und wie den Hochwasserschäden vorgebeugt werden kann. Es muß etwas geschehen, denn die an der Trave Wohnenden und insbesondere die Geschäftsleute sind schwer geschädigt.

Senator Dr. Neumann bestätigt, daß die Feuerwachen vorher eingerichtet wurden. Schnelles Vorgehen war aber notwendig, um größeren Schaden zu verhüten. Die besondere Bezahlung für das Kellerauspumpen sei bisher üblich gewesen, man kann darüber sprechen. Die Feuerwehr sei nur zum Löschen von Schadenfeuer da. Wenn aber einzelne bedürftige Besitzer Eingaben um Nachlaß machen würden, könnten sie nach Prüfung ja berücksichtigt werden. Es seien viel zu hohe Summen genannt worden. Man habe von 20 Mk. die Stunde gesprochen. In Wirklichkeit hätten Anlieger für 14 Stunden Feuerwehrarbeit 24,20 Mk., für 6 Stunden 21 Mk. und für 3 Stunden 12,90 und 12,30 Mk. bezahlen müssen. Über den Schutz vor Hochwasser könne er keine Auskunft geben.

Henk (Bültwisch) bringt Beschwerden über behördliche Maßnahmen in Rückniß vor, die sich insbesondere auf die einschränkende Bauerlaubnis beziehen.

Senator Dr. Neumann: Es handele sich hier um einen vollständigen Umbau, der einem Neubau gleichzuachten sei. Das Finanzdepartement habe eine dahingehende Entscheidung getroffen. Man habe die Abgabe auch nur vom normalen Bauplatz gefordert. In geeigneten Fällen können die Abgaben gestundet werden, dann erteile die Baupolizei sofort die Erlaubnis zum Bauen.

Dr. Wittern würde es für billig und gerecht halten, wenn bei zukünftigem Hochwasser den Anliegern die Hilfe umsonst geleistet würde. Es treffe ja immer dieselben. Redner stellt einen Antrag, der unentgeltliche Hilfeleistung bezweckt.

Senator Dr. Fehling: Wenn die Bürgerschaft jetzt den Antrag annimmt, wird von hier aus kein Widerspruch erfolgen.

Schneider erwähnt, daß auf telephonische Anfrage 10 Mk pro Stunde gefordert worden sei, worauf man auf die Hilfe verzichtet habe.

Vom Senatstisch wird die Höhe dieser Summe bestritten.

Haense bringt Beschwerden vor, die zu beantworten Senator Dr. Neumann ablehnt.

Kähler: Die Dampfspritze kostet 10 Mk. die Stunde, Bedienungsmannschaft 60 Pfg. vor 6 Uhr und 80 Pfg. nach dieser Zeit.

G. Ehlers: Mir wurden auch solche ungeheuerliche Summen genannt. Für den Antrag von Dr. Wittern muß man eintreten, aber ebenso dafür, daß den Geschäftsleuten die Beträge zurückgezahlt werden. Wenn Sie dem Antrag Witterns keinen Widerspruch entgegenstellen, müssen Sie auch meinen Antrag annehmen.

Wortführer Dimoker: Diese Liebenswürdigkeit geht denn doch zu weit, es kommen Millionen in Frage.

G. Ehlers: Der Senat soll nur in eine Prüfung eintreten, mein Antrag ist so harmlos wie irgend etwas. Wenn der Senat später erklärt, es sei nicht möglich, läßt sich noch darüber sprechen.

Dr. Wittern zieht einen Unterschied zwischen dem eigenen und dem Ehlersschen Antrag. Der letzte habe viel zu große Konsequenzen.

Senator Dr. Fehling warnt, diesem Antrag beizustimmen.

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen. Der Antrag Dr. Witterns ebenfalls.

Von den Hafenarbeitern ist eine Eingabe eingegangen, die sich gegen die Polizeiverordnung am Hafen wendet. Sie wünscht Abänderung oder Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen, die den Arbeitern nach jeder Hinsicht nur Nachteile und Hindernisse bringt. Auf Antrag Stellings wird die Eingabe verlesen.

Senator Dr. Fehling: Die Eingabe ist dem Senat nicht zugegangen.

Stelling: Die in den Eingaben hervorgehobenen Mängel treffen zu. Ich kann aus eigener Anschauung anfügen, daß sie noch erhöht worden sind. Die Leute haben vom Lagermeister die Schlüssel zur Pforte bekommen, und als sie diese benutzten, erhielten sie nachher Strafmandate. Die Arbeiter müssen jetzt Umwege bis zu einer Stunde machen. Ich bedaure, daß der Senat keine Eingabe erhalten hat, obwohl beschlossen wurde, ihm eine solche zugehen zu lassen. Eine Änderung des jetzigen Verbots, das die Leute und den Verkehr hindert, muß eintreten. Über das eigentümliche Vorgehen der Schutzleute am Hafen werde ich bei anderer Gelegenheit sprechen. Die Eingabe nehme ich als Antrag auf.

Hierauf wird die Sitzung auf Montag, dem 26. Januar vertagt.

Schluß 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 19. Januar 1914.

194. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Der Beschluß vom vorigen Sonnabend auf Teilung der Debatte in eine über Sozialpolitik und eine über Wirtschaftspolitik wird wieder aufgehoben; der Seniorenkonvent wird beauftragt, für die Debatte der späteren Etats vorher entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Mayer-Kaufbeuren (Z.): Die Depression der deutschen Volkswirtschaft ist keineswegs auf die Balkanwirren allein zurückzuführen, wir haben eine internationale Krise, eine Ueberproduktion auf dem ganzen Weltmarkt, und es ist noch gar nicht abzusehen, wie lange diese Weltwirtschaftskrise anhalten wird. Bei der großen Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch Kommunalanleihen ist in den Kommunen äußerste Sparsamkeit geboten. Auch sollten Auslandsanleihen in dieser schwierigen Zeit nicht zugelassen werden. In unserem Außenhandel hat sich die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln vermindert, während die Ausfuhr von Fertigfabrikaten gestiegen ist. Die günstige Entwickelung unserer Fertigindustrie wird durch die Preispolitik unserer Rohstoffverbände gehemmt. Das Kohlensyndikat hat es fertig gebracht, daß wir in Deutschland die höchsten Kohlenpreise in der ganzen Welt haben. (Hört, hört!) Einer Tendenz, zu Staatsmonopolen überzugehen, werden wir sehr entschieden entgegentreten. Wir verlangen aber eine weitgehende staatliche Aufsicht über die großen privaten Monopolvereinigungen, und wir können uns nicht von der Regierung damit abspeisen lassen, daß sie unsere Wünsche „in Erwägung" zieht. Der mexikanische Staatsbankerott zieht die deutschen Interessen stark in Mitleidenschaft. Es ist wahr, daß Besprechungen hierüber zwischen den Großmächten stattgefunden haben, und daß Deutschland sich an die Spitze dieser Aktion stellen will, und was gedenkt die Regierung zum Schutz der geschädigten deutschen Interessen zu tun? — Eine besonders wichtige Aufgabe ist die Vorbereitung der neuen Handelsverträge. Hierbei müssen die Sonderinteressen zurücktreten hinter der Wohlfahrt des Ganzen. (Bravo! im Zentr.)

Keinath (Nl.): Die Auswüchse der Kartelle bedauern auch wir, aber man darf auch nicht verkennen, daß diese größere Organisation der Unternehmer in der heutigen Zeit eine Notwendigkeit ist. Um dem Eindringen amerikanischer Trusts entgegenzutreten, werden wir auch vor der Verstaatlichung einer Industrie nicht zurückschrecken dürfen. An dem großen Aufschwung unserer Industrie hat auch die deutsche Arbeiterschaft ihren Anteil. Das steht jedenfalls im Zusammenhang mit der allgemeinen Wehrpflicht. Daß unsere Sozialpolitik entnervend wirkt, kann ich nicht anerkennen. Zweifellos hat sie wirtschaftliche Vorteile gebracht, z. B. eine Entlastung des Armenwesens, eine Eindämmung der Volkskrankheiten. Allerdings muß Rücksicht genommen werden auf die Leistungsfähigkeit des Gewerbes. An der alten Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre halten wir fest. Die Witwen- und Waisenrenten sollten erhöht, der Säuglingsschutz verbessert werden. Die Verhältnisse der Gehilfen der Rechtsanwälte und Notare und des Theaterpersonals bedürfen dringend der Aufbesserung. Bei dem Eingreifen in größere Lohnbewegungen vermissen wir eine größere Elastizität der Verwaltung. Die Schuld liegt wohl an dem Mangel geschulten Personals. (Sehr richtig! links.) Bedauerlich ist die Ablehnung der Forderung zur Vorbereitung der Olympia-Festspiele in der Kommission. (Sehr richtig! bei den Natl.) Die Landwirtschaft befindet sich ja im allgemeinen gegenwärtig in einer besseren Lage, mit Ausnahme des deutschen Weinbaues, für den größere Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden sollten; auch der Kalifonds sollte dem deutschen Weinbau und auch dem Gemüsebau nutzbar gemacht werden. — In der konservativen Presse wird immer wiederholt, daß wir Nationalliberalen der Landwirtschaft gegenüber in bezug auf unsere Wirtschaftspolitik unzuverlässig sind. Ich betone daher mit aller Entschiedenheit, daß wir an den Richtlinien unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik festhalten. (Bravo! rechts und im Zentr.)

v. Gräfe (K.): Meine politischen Freunde sind keineswegs Gegner der Sozialpolitik, für uns erschöpft sich aber die Sozialpolitik nicht in Arbeiterschutz, und außerdem wünschen wir nicht ein übertriebenes Tempo dieser Gesetzmacherei. Die Folgen von nicht genügend vorbereiteten Gesetzen machen sich jetzt ja in vielen Kreisen sehr fühlbar. (Sehr wahr! rechts.) Der Behauptung des Abg. Schmidt von dem Wohnungselend der Landarbeiter muß ich entgegentreten; wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß durchschnittlich die Arbeiter auf dem Lande weit besser wohnen, als in den industriellen Großstädten, wo doch die Herren Sozialdemokraten und ihre Nachbarn einen maßgebenden Einfluß haben. (Zustimmung rechts.) — Der Abg. Schmidt verlangte für die Arbeiter das Recht, sich zu koalieren, wie sie wollen, er sprach von dem Recht der freien Persönlichkeit. Dieses Recht erkennen wir an, und die Sozialdemokraten müßten in Konsequenz dieses Standpunktes mit uns zusammen für den Schutz der Arbeitswilligen eintreten. (Heiterkeit bei den Soz.) Bei einer Koalition der Landarbeiter liegt die Gefahr eines Streiks zur Zeit der Ernte vor, wodurch vor allem auch die Arbeiter selbst geschädigt würden. Eine Koalition der Landarbeiter ist auch deshalb nicht nötig, weil der Steigerung der Löhne in der Industrie eine Lohnerhöhung der Landarbeiter auf dem Fuße folgt. (Lachen bei den Soz.) Auf dem Lande verhungern keine Leute, wie es in den Städten vorkommt. (Sehr richtig! rechts.) Aufs schärfste verurteilen wir die Mißbräuche des Koalitionsrechts, und wenn wir überzeugt sind, daß hier Schäden vorliegen, so sollen wir nicht sagen, die bestehenden Gesetze reichen aus, sondern dann sollen wir klar verbieten, was verboten werden soll. (Lebh. Zust. rechts.) Mit unserem Eintreten gegen den sozialdemokratischen Koalitionszwang dienen wir auch dem gewerblichen Mittelstand am besten. Die straffere Organisation der Handwerkerkreise in dem reichsdeutschen Mittelstandsverband begrüßen wir. Daß die Sozialdemokraten nicht einmal platonische Freunde des Mittelstandes sind, hat die bekannte Aeußerung des Abg. Peus bewiesen, der meinte, es sei wirtschaftlich und sozial durchaus kein Unglück, wenn die armseligen durch und durch abhängigen elenden wirtschaftlichen Existenzen des sogenannten kleinen Mittelstandes verschwänden. (Hört, hört! rechts.) Das ist die sozialdemokratische Menschenliebe. (Lachen bei den Soz.) Im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes ist die Bekämpfung der Konsumvereine daher eine unaufschiebbare Aufgabe der Regierung. (Bravo! rechts.)

Pospiech (Pole) beklagt sich über die Schikanierung der polnischen Arbeiter in den oberschlesischen Bergbaubezirken.

Die weitere Debatte wird vertagt auf Dienstag 1 Uhr, vorher kurze Anfragen.

Schluß 6 Uhr.

Der dritte Krupp-Prozeß.

In der Montags-Verhandlung gegen den Zeugleutnant Tilian und Genossen vor dem Oberkriegsgericht teilte der Verhandlungsführer Geh. Oberkriegsgerichtsrat Dr. Glasewaldt mit, daß ein Telegramm aus Mentone von dem als Zeugen geladenen früheren Berliner Vertreter der Firma Krupp, Herrn v. Metzen, eingegangen sei. In diesem teilt Herr von Metzen mit, er befindet sich in Mentone zur Kur und werde zu Verhandlung als Zeuge nicht erscheinen. Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung hierüber vor.

Es erscheint alsdann der frühere Berliner Bureauvorsteher der Firma Krupp, Brandt, als Zeuge. Der Zeuge macht den Eindruck eines sehr kranken Mannes, er ist gegenwärtig in einem Sanatorium zur Kur. Er bekundet auf Befragen des Verhandlungsführers, er sei, als er vom Polizeirat Koch vernommen wurde, infolge seiner Verhaftung ungemein erregt gewesen, und habe so manches zu Protokoll gegeben, was den Tatsachen nicht entspricht. Er erinnere sich nicht, von dem Angeklagten Pfeiffer Mitteilungen erhalten zu haben; es sei auch möglich, daß er die Mitteilungen, die er aus dem Kriegsministerium erhalten habe, von anderen Beamten des Kriegsministeriums habe. Er habe viel im Kriegsministerium verkehrt und hätte dort einen großen Bekanntenkreis. Mit Pfeiffer war er von Jugend auf befreundet gewesen; es habe ein enger Familienverkehr zwischen ihm und Pfeiffer bestanden. Er sei oftmals in Restaurants, Theater mit Pfeiffer gewesen und habe ihn freigehalten. Er habe ihm auch zu Weihnachten zweimal Geschenke gemacht, das sei aber keineswegs als Bestechung aufzufassen. Er wisse, wie gesagt, überhaupt nicht, ob er von Pfeiffer Nachrichten erhalten habe. Was die anderen Angeklagten ihm geliefert haben, wisse er auch nicht mehr. Diesen habe er für die ihm gewidmete Zeit die Zechen bezahlt und auch einige Darlehen gegeben. Dem Angeklagten Hinst, von dem ihm bekannt war, daß er für geometrische Berechnungen für das Reichs-Kolonialamt täglich 6—7 Mark verdiente, habe er für die ihm gewidmete freie Zeit mit Geld entschädigt. — Verteidiger Justizrat Dr. Barnau: Es ist festgestellt, daß der Angeklagte Pfeiffer die Vorarbeiten für den Etat des Kriegsministeriums machte, also bedeutend früher Kenntnis von dem Etat hatte, als dieser in Druck und dem Reichstage zuging. Wenn Sie den Etat von Pfeiffer erhalten hätten, dann würde er doch zweifellos bedeutend früher in ihre Hände gelangt sein, und dies doch von größerem Vorteil für die Firma Krupp gewesen sein. — Zeuge Brandt: Das ist richtig. Ich bin deshalb umsomehr der Meinung, daß ich den Etat nicht von Pfeiffer erhalten habe. Auf weiteres Befragen des Verteidiger bemerkt der Zeuge, wenn Pfeiffer, der zurzeit, als er mit ihm verkehrte, sich Darlehen von 200—300 Mark von Darlehnskassen hätte geben lassen, an ihn herangetreten wäre, so würde er ihm ohne weiteres bis 1000 Mark Darlehn gegeben und ihn auch nicht mit der Rückzahlung gedrängt haben. Er habe bis zum letzten Augenblick die Absicht gehabt, gegen seine Verurteilung von der Strafkammer des Landgerichts Revision einzulegen; der Mitangeklagte Dr. Eccius und die Firma Krupp haben das aber nicht haben wollen. Im übrigen sei die Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet und es ließe sich also praktisch an der Sache nichts mehr ändern. Auf Befragen des Verteidigers bemerkt der Zeuge, er habe viel mit Vertretern von Konkurrenzfirmen, die ebenfalls bemüht waren, Nachrichten zu erhalten, verkehrt und oftmals Nachrichten ausgetauscht. Es sei auch möglich, daß er von diesen Nachrichten erhalten habe. — Beisitzer Oberstleutnant Buddecke: Können Sie andere Leute angeben, von denen Sie aus dem Kriegsministerium oder anderen amtlichen Bureaus Nachrichten erhalten haben? Zeuge: Ich erinnere mich in keiner Weise.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung bekundet der Landrichter Dr. Wetzel als Zeuge, er habe als Untersuchungsrichter Brandt gleich nach seiner Verhaftung vernommen. Dieser habe auf ihn keineswegs den Eindruck eines geistesschwachen oder gedächtnisschwachen Mannes gemacht, im Gegenteil, er hatte die Empfindung, daß Brandt die volle Wahrheit sagen wollte und auch gesagt habe. — Es soll alsdann ein in französischer Sprache gehaltener Brief des Herrn v. Metzen an Brandt von dem Dolmetscher der französischen Sprache, Rechtsanwalt Dr. Ilch-Berlin, verlesen werden. Während dieser Verlesung wird wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit wird die Friseurin Wiczoreck als Zeugin vernommen. Sie bekundet auf Befragen, sie hatte mit dem Angeklagten Schleuder längere Zeit ein intimes Verhältnis. Es sei ihr der Verkehr Schleuders mit Brandt aufgefallen. Auf ihre Frage habe Schleuder ihr gesagt, er mache Brandt aus seinem Bureau Mitteilungen für die Firma Krupp. Sie habe Schleuder auf die Gefährlichkeit seines Beginnens aufmerksam gemacht; Schleuder habe jedoch erwidert, es könne ihm nichts geschehen, seine beiden Vorgänger haben dasselbe getan. Schleuder sei mit Brandt in Lokalen und Theater gewesen, habe Geldgeschenke von 10—20 Mark erhalten und zu Weihnachten auch einmal 50 Mark. Es wird alsdann ein Brief der Zeugin an Schleuder verlesen, in dem die Zeugin dem Schleuder heftige Vorwürfe macht, daß er ein Verhältnis mit einer anderen habe. Sie bemerkte, sie könnte sich an ihm schwer rächen, die heiße Liebe könnte sich in Haß verwandeln. Wenn sie Anzeige über seine Beziehungen mit Brandt machen wollte, dann würde er (Schleuder) eine hohe Strafe bekommen und es würde einen Weltskandal geben. Auf Befragen des Verteidigers Dr. Barnau bemerkt die Zeugin, sie habe sich von einem Rechtsauskunftsbureau Rat geholt und dort sei ihr gesagt worden, wenn die Sache herauskäme, würde Schleuder sehr hoch bestraft werden und es gäbe einen Weltskandal.

Zeugmajor Wollenhaupt bekundet darauf, er sei der Vorgesetzte des Angeklagten Tilian gewesen. Tilian hätte keine Befugnis gehabt, Mitteilungen zu machen; diese hätte nur er (Zeuge) mit ausdrücklicher Erlaubnis des Referenten der betreffenden Abteilung. Geheime Dinge dürften selbstverständlich niemals mitgeteilt werden. — Die Verteidiger verzichten auf die weitere Vernehmung dieses Zeugen, da die Angeklagten Tilian, Schleuder und Hinst nicht bestreiten, sich des militärischen Ungehorsams schuldig gemacht zu haben.

Auf Befragen des Verhandlungsführers bemerkt der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Tschierschke, er verzichte auf das Erscheinen des Herrn v. Metzen. Verteidiger Dr. Barnau: Ich habe Herrn v. Metzen als Zeugen geladen; ich kann vorläufig auf sein Zeugnis nicht verzichten. Es tritt darauf eine kurze Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird Dr. Rauthenberger von der Firma Krupp vernommen. Als er über ein Haubitzgeschoß aussagen wollte, wurde die Oeffentlichkeit sofort ausgeschlossen. — Der nächste Zeuge Sekretär Ebeling erklärt: Der Erfinder Puff habe im September 1912 den Angeklagten Pfeiffer über ein Geschoß befragt. Ueber das Geschoß war bereits im Juli 1912 in einem „Kornwalzer" Mitteilung gemacht worden. Pfeiffer wußte von der ganzen Sache nichts und sagte schließlich: Lassen Sie mich mit diesem Miß zufrieden. — Der Zeuge Erfinder Puff wird in nichtöffentlicher Sitzung vernommen. — Der Fabrikant Schwarzlose macht ebenfalls in nichtöffentlicher Sitzung seine Aussagen; er gab über den Verkehr, der im Kriegsministerium stattfindet, Auskunft.

Major Wurzbacher vom Kriegsministerium äußert sich sehr günstig über den Angeklagten Pfeiffer. Den Etat habe dieser nicht erlangen können, da der Etat von den Offizieren ständig unter Verschluß gehalten werde. — Da ein militärischer Sachverständiger an den Zeugen noch eine Frage zu richten hat, wird die Oeffentlichkeit wiederum ausgeschlossen. — Als nächster Zeuge tritt der Geh. Rechnungsrat Werner vom Kriegsministerium auf. Er bekundet: Es sei einmal ein Kanonenrohr explodiert, wobei aber niemand verletzt worden sei. Damals wurde der Befehl gegeben, die Sache möglichst geheim zu halten, trotzdem sei die Sache in die Presse gekommen. Pfeiffer habe ihn über die Beschaffenheit des Rohres befragt, er habe ihm aber keine Auskunft gegeben, da der Befehl der Geheimhaltung erlassen war. Er sei heute noch nicht der Ansicht, daß Pfeiffer die gewünschte Auskunft zu Zwecken des Landesverrats haben wollte. — Direktor Mouths-Ulm, der bis 1911 bei der Firma Krupp in Essen war, gibt dem Zeugen Brandt ein vorzügliches Zeugnis. Er bekundet jedoch auf Befragen des Verteidigers Dr. Barnau, daß die Firma Krupp über die Dinge, die Brandt in seinen „Kornwalzern" nach Essen berichtete, zumeist schon unterrichtet war. Brandt sei ein sehr gutmütiger Mensch gewesen, der niemand abweisen konnte. Er sei vielfach von seinen Kameraden angepumpt worden. — Prokurist Ritter, der bei einer Unterhaltung zwischen Pfeiffer und Brandt im Kriegsministerium zugegen gewesen ist, wurde ebenfalls in nichtöffentlicher Sitzung vernommen.

Nach Vernehmung dieses Zeugen wurde die Verhandlung auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Hausweberkämpfe in Oberfranken. Eine starke Bewegung setzt unter den zahlreichen Hauswebern Oberfrankens ein. Es werden dort in den Orten Hof, Helmbrechts, Münchberg, Naila, Stadtsteinach, Goldgrunach und allen dazwischen liegenden Dörfern noch gegen 5000 Hausweber mit der Herstellung wollener Kleiderstoffe, wie sie in Glauchau, Meerane, Greiz usw. hergestellt werden, beschäftigt. In früheren Jahren waren in den Orten zahlreiche Verleger beschäftigt, die im Auftrag Glauchau-Meeraner Fabrikanten den Webern die Garne vermittelten und die daraus hergestellten Stoffe wieder zurücknahmen. In den letzten Jahren ist die Zahl dieser Verleger jedoch immer mehr zusammengeschmolzen. An deren Stelle hat sich eine starke Fabrikindustrie entwickelt. Große Betriebe entstanden, von denen ein kleiner Teil gegen Lohn für die Unternehmer des sächsisch-thüringischen Industriegebiets arbeiten läßt. Der große Teil der Fabriken arbeiter jedoch auf eigene Rechnung. Diese Fabrikunternehmer haben allmählich die Verleger verdrängt und sind in direkte Beziehungen zu den Webern getreten. Neuer Zuzug aus der heranwachsenden Generation erhalten die Hausweber fast gar nicht mehr und es unterliegt keinem Zweifel, daß, wie überall, so auch hier mit der Zeit der letzte Hausweber verschwindet und die Arbeit nur noch in den Fabriken hergestellt wird. Die oberfränkischen Handweber sind also selbständige Gewerbetreibende, die in eigenen Betriebswerkstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit Weberei in der Weise beschäftigt werden, daß ihnen die Rohstoffe von ihren Auftraggebern zur Verfügung gestellt werden. Das Einkommen dieser Weber ist sehr niedrig. Aus einer Reihe von Verdienstaufzeichnungen soll hier die eines Webers aus Schwarzenbach a. Wald folgen. Es handelt sich um einen gesunden, 28 Jahre alten Mann, der mittlerweile die Hausweberei an den Nagel gehängt hat. Er verdiente mit dem Weben wollener Damenkleiderstoffe und Paletot-Futterstoffe im Jahre 1909: im Januar 49,69 Mk., im Februar 51,40 Mk., im März 63,72 Mk., im April 48,24 Mark, im Mai 36,90 Mk., im Juni 67 Mk., im Juli 33,80 Mark, im August 37,10 Mk., im September 27,40 Mk., im Oktober 36,60 Mk., im November 41,20 Mk., im Dezember 52,80 Mk., insgesamt also 543,93 Mk. Hierzu kamen noch Lohn für die Hilfe bei Erntearbeiten 3,70 Mk. und für Waldarbeiten 6,20 Mk. Der gesamte Jahresarbeitsverdienst des Mannes betrug demnach 553,83 Mk. Weiter hatte der Mann Einnahmen durch den Verkauf von den im Walde gesammelten Pilzen, Heidelbeeren oder Preißelbeeren, die mit etwa 40 Mk. zu veranschlagen sind. Das ergäbe eine Brutto-Einnahme von rund 600 Mk. In Wirklichkeit beträgt aber die Netto-Einnahme mindestens 100 Mk. weniger, weil von der Gesamteinnahme abgehen Strafe wegen Webfehler, Ausgaben für kleinere Reparaturen am Arbeitsgerät, Spulerlohn (der bezahlt werden muß, wenn der Weber ab

und zu genötigt ist, neben seiner Frau noch eine andere Hilfe anzunehmen). Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Nettoverdienst aus der Arbeit zweier Personen fließt, denn während der Weber webt, muß die Frau oder ein anderes Familienmitglied am Spulrad sitzen und auf die Spulen das Schußgarn treiben. Die tägliche Arbeitszeit des Webers beträgt durchschnittlich 14 Stunden, die seiner Frau 9 Stunden, zusammen 23 Stunden. Es muß also für oben bezeichneten Lohn jede Woche mehr als 100 Stunden gearbeitet werden. In Conradtsreuth wurde für 17 Weber ein Durchschnittsverdienst von wöchentlich 10,36 Mk. ermittelt. Die Hausweber haben bisher im „guten Einvernehmen" mit dem Unternehmer ihre Arbeit verrichtet. Für politische oder gewerkschaftliche Organisation waren sie nur ganz vereinzelt zu haben. Jetzt hat ein Beschluß der Handelskammer zu Oberfranken, der auf Antrag der in Frage kommenden Webereibesitzer gefaßt wurde, die ganze Gegend in gärende Bewegung versetzt. Die Unternehmer, die sich diesen anschließend die Handelskammer, beschuldigen die Handweber des Betruges. Der Betrug soll gefunden werden in dem sogenannten „Metzen" von Garnen. Unter „Metzen" versteht man das Zurückbehalten der übriggebliebenen Garne. Das „Metzen" von Garnen ist in der Handweberei Jahrhunderte alt. Ueberall dort, wo das Verlagssystem sich ausbildete, ist seit dem 17. Jahrhundert das „Metzen" von Garnen üblich und ein Teil des Einkommens der Weber floß aus diesem Handel. Dort, wo das eigentliche Verlagssystem nicht erstand, wie im schlesischen Eulengebirge, konnte sich auch das „Metzen" nicht ausbilden. Die schlesischen Weber mußten ihre Garne zu hohen Preisen von dem Garnhändler kaufen und wurden gezwungen, die daraus gefertigten Stoffe zu Hungerpreisen an die Kaufleute zu verkaufen. Diese Tatsache wurde die Ursache der Weberaufstände in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Auch in Oberfranken wurde selbstverständlich „gemetzt" und keinem Menschen ist es bisher eingefallen, dieses „Metzen" als Betrug zu bezeichnen. Dazu kommt, daß seit der fabelhaften Entwicklung der großen Textilindustrie Deutschlands das „Metzen" für den Handweber immer bedeutungsloser wurde. Der Unternehmer kalkulierte immer gewissenhafter und die Garnmengen, die dem Weber zuzuweisen sind, reichen in der Regel knapp aus, um das geforderte Stück Ware herzustellen. Bleibt von der einen oder anderen Farbe ein kleines Quantum übrig, so reichen andere Farben oft nicht und der Weber ist genötigt, von früher übrig behaltenen Garnen zuzulegen. Dazu kommt noch, daß bisher das wenige beim „Metzen" erworbene Garn als Entschädigung für eine Menge Arbeit betrachtet wurde, die der Handweber unentgeltlich für den Unternehmer machen muß. Die Unternehmer hätten es leicht, das „Metzen" unmöglich zu machen, wenn sie dem Weber die Ketten fertig gebäumt durch Fuhrwerk oder auf andere Weise in die Wohnung bringen würden. Die Unternehmer verlangen aber die gleiche Arbeitsverrichtung wie bisher, lassen aber den Weber, der, entsprechend einem Jahrhunderte alten Brauch, die geringe Menge übriggebliebenen Garnes zurückbehält, als Betrüger von den Gerichten bestrafen. In einer von der Handelskammer ausgearbeiteten Denkschrift behaupten sie Dinge, die der Fachmann sofort als Hirngespinste erkennt. In einer Eingabe an die Regierung fordern sie Verschärfung der bestehenden Gesetze. Sie bezeichnen das „Metzen" als Unterschlagung nach § 246 des Reichs-Strafgesetzbuches und als Betrug nach § 263. Die Handweber haben nun in mehreren, sehr stark besuchten Versammlungen gegen die Beschlüsse der Unternehmer und ihre maßlosen Uebertreibungen Protest erhoben. Der Protest ist an die Handelskammer und auch an die bayerische Regierung abgegangen. Des weiteren beschlossen sie in einer in Ort bei Helmbrechts stattgefundenen überfüllten Versammlung Gründung eines Hausweberbundes mit Anschluß an den Textilarbeiterverband. Die Versuche eines herbeigeeilten liberalen Parteisekretärs aus Kulmbach, sowie zweier christlicher Sekretäre und Bezirksleiter, die Hausweber ihren Organisationsrichtungen zuzuführen, scheiterten. Der Anschluß an den Textilarbeiterverband wurde von den zahlreich versammelten aus allen Dörfern und Städten Oberfrankens herbeigeeilten Hauswebern einstimmig beschlossen. Eine Kommission von drei Mann wurde eingesetzt, die die weiteren Vorarbeiten zu erledigen hat. Später soll eine Neubearbeitung des Tarifes vorgenommen werden.

Soziales.

Der Kampf gegen die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungen. Der Abgeordnete Behrens hatte eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der er zu wissen wünschte, ob die Regierung bereit sei, gegen die Art Stellung zu nehmen, wie die unter agrarischem Einfluß stehenden öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungs-Anstalten ihre Werbetätigkeit betreiben. Insbesondere wollte der Abg. Behrens wissen, ob die Regierung bereit sei, diese Versicherungsanstalten dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherungen zu unterstellen. Die Antwort der Regierung ist verneinend ausgefallen. Sie lehnt es ab, zu den von dem Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, in Druckschriften, Preßartikeln, Reden usw. verbreiteten Angaben Stellung zu nehmen. Es wird ferner auch abgelehnt, diese Versicherungsanstalten dem Aufsichtsamt für Privatversicherungen zu unterstellen, weil sie unter der Leitung staatlicher oder kommunaler Behörden stehen und deshalb einer weiteren Beaufsichtigung nicht bedürfen. Um aber den Leitern der staatserhaltenden Volksfürsorge nicht allen Trost vorzuenthalten, ist dieser ablehnenden Antwort die Bemerkung hinzugefügt: „Im übrigen bedauern sowohl der Reichskanzler als der Minister des Innern, der die Aufsicht über die preußischen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten führt, daß der Konkurrenzkampf zwischen einigen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten einerseits und einer Reihe von privaten Versicherungsunternehmungen andererseits teilweise mit Mitteln geführt worden ist, die nicht durchweg gutgeheißen werden können."

Aus Nah und Fern.

Automobilunglück. In der Nacht zum Sonntag nahmen sechs Jünglinge, von einem Bockbierfeste von Johannisthal kommend, ein Automobil zur Fahrt nach Berlin. Sie erlaubten unterwegs sechs Männern, sich auf die Trittbretter des Automobils zu stellen. In der Nähe des Friedhofes in der Krugallee fuhr der Chauffeur auf einen fahrenden Wagen auf. Das Automobil wurde schwer beschädigt; die Insassen wurden fast sämtlich verletzt, sechs so schwer, daß sie mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Tödlicher Jagdunfall eines Offiziers. Aus St. Avold wird gemeldet: Als Sonnabend abend Oberstleutnant von Gottberg vom 9. Lothringischen Infanterieregiment Nr. 173 mit einem geladenen Gewehr einen Graben überspringen wollte, entlud sich die Waffe. Die Schrotladung drang dem jungen Leutnant Fölsche in den Kopf und führte seinen sofortigen Tod herbei.

Opfer des Eises. Aus Neuwied wird gemeldet: Auf dem Weiher bei Gladbach brachen am Sonntag die 12- und 13jährigen Söhne des Schmiedemeisters Fink aus Gladbach beim Schlittschuhlaufen auf dem Eise ein und ertranken. Bei dem Versuch, sie zu retten, geriet auch der 17jährige Schlemmer unter das Eis und ertrank. — Beim Schlittschuhlaufen auf der Ruhr sind in der Nähe von Rellinghausen der 12jährige Sohn des Metzgermeisters Becker und dessen 21jähriger Geselle eingebrochen und ertrunken.

Das Ende vom Liede. Nachdem er sich finanziell ruiniert hatte, vergiftete sich in Odessa der ehemalige Millionär, der Gutsbesitzer Hoffmann. Seine Frau ging ebenfalls in den Tod, nachdem sie erfahren hatte, daß ihre sämtlichen Kostbarkeiten von ihrem Mann versetzt worden waren.

Standesamtliche Nachrichten

vom 11. bis 17. Januar 1914.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

3. Januar. Oberlehrer P. Thienhaus. 6. Seemaschinist J. E. Chr. H. Füllert. Kutscher J. H. H. Zeplin. 7. Mechaniker G. G. K. Schernbeck. Zimmermann J. H. F. W. Kühne. Gemüsehändler A. J. H. Peters. 8. Dienstmann F. D. Freudenberg. 9. Arzt Dr. med. A. K. Busch. Arbeiter G. O. B. Steffens. 10. Arbeiter H. H. M. Bannow. Arbeiter A. H. A. Heidel. 11. Arbeiter H. F. Bülk. 12. Seemaschinist J. A. H. Roxin. 13. Bohrer F. Schönfeld. 15. Arbeiter J. J. H. Bremer. Fabrikarbeiter H. A. Kock. 16. Buchhalter L. H. H. Diercks.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

24. Dezember 1913. Drogist E. F. K. Rathje.

3. Januar. Kellner H. W. F. Kock. 6. Arbeiter A. E. R. Loose. Schiffskapitän M. M. Schütze. 8. Arbeiter C. F. Kock. 10. Maschinenarbeiter H. F. W. Graack. Schriftsetzer O. R. F. Braune. Dekorationsmaler J. C. E. Wegner. 12. Schiffskapitän P. S. A. Behrens.

Angeordnete Aufgebote.

13. Januar. Bahnarbeiter J. L. H. Gründel und M. M. F. Schult geb. Beth in Ovendorf. Arbeiter F. Chr. Th. M. Rüß und E. F. W. Ehmcke, beide in Malchin. Schlachter E. K. J. Schnoor und M. K. F. Teckenburg. Malergeselle P. M. F. Zander und E. S. E. Bruhn. Eisenbahndienstanfänger H. F. P. Martens in Hamburg und E. P. J. Pätau. 14. Maschinenarbeiter K. F. L. Walther und M. F. P. Unger geb. Rockßen. Privatier W. H. G. H. Wünsch und A. M. H. Kolz in Hamburg. Prokurist K. H. Schlüter und G. S. M. Schlüter in Hamburg. Kaufmann J. Ziolczynski und Tsch. R. Finkelberg. Schmiedegeselle H. G. H. Kersten und B. D. M. Beeck in Rülau. 15. Handlungsgehilfe F. A. Kattner und M. A. Hoffmann in Leipzig-Neuschönefeld. Arbeiter W. A. K. Riemann und J. H. M. D. Krull. Krankenpfleger Kl. J. G. Voigt und G. Chr. J. Körner. 16. Handlungsgehilfe J. H. F. Ehlers und H. H. J. Rittmann geb. Strampfer. Malergeselle A. R. Otto und M. A. Stemonakowski. Schneider E. Turobin und M. Dabitz. 17. Dentist J. E. F. Quadt und A. H. Bürschel. Reservelokomotivführer H. Riekmann in Börssum und S. D. Schliephake in Veltheim.

Eheschließungen.

14. Januar. Schuhmacher O. P. H. Rieckermann und B. D. M. S. Börmcke. Ober-Postassistent K. P. P. Jürs und S. E. M. Höppner. 16. Bureaugehilfe H. W. F. C. Stapelfeld und M. S. D. Gercken. 17. Arbeiter J. F. O. Johannson und E. S. K. Gerber. Lagerverwalter H. H. Markmann und S. M. E. Gersdorf. Zimmerpolier F. H. E. Loppentien und M. F. Schwang. Arbeiter H. A. C. Rabe und E. A. Jeglin. Seemaschinist H. W. Brockmann und A. K. Brockmann geb. Claisen. Maschinenbauer K. H. W. Tess und M. E. E. Seidenfad. Heizungs-Monteur K. R. Wagner in Wandsbek und H. A. F. Stührenberg. Hilfs-Güterschreiber G. T. F. Sals und F. E. M. Asmus. Schuhmacher J. K. L. Kellermann und A. E. Lowack geb. Schröter. Kranführer W. K. Mohr in Hamburg und F. W. S. Danielsson. Maschinenbauer W. F. H. C. Buchner und H. W. C. Pöhls. Handlungsgehilfe G. F. T. Pattosien und A. L. F. Kreutzfeldt in Pogez. Arbeiter E. F. F. Meyer und E. M. W. Lebermann. Kaufmann F. Goldstein in Hamburg und E. M. Rosenthal. Schießbudenbesitzer M. J. M. T. Schultz und B. S. E. Dohm.

Sterbefälle.

9. Januar. Kutscher E. F. H. Schwabroh, 29 J. 10. M. E. H. geb. Nebbin, Witwe des Rentners L. J. Th. Axt, 85 J. Arbeiter F. J. H. Horstmann, 59 J. P. M. Ruesch, 13 J. Arbeiter J. H. G. W. Loeding, 45 J. (Gr.-Grönau). B. K. J. geb. Jercho, Witwe des H. Bünger, 72 J. (Stockelsdorf). Früherer Schneidermeister G. F. Spies, 84 J. 11. W. A. J. P. J. Wulf, 18 J. Schuhmachergeselle H. A. Th. Bartels, 23 J. 12. Hauptlehrer W. F. C. Behrens, 50 J. Malergehilfe L. K. H. P. Seibert, 22 J. 13. Zollassistent a. D. E. C. G. Oehmcke, 74 J. Oberpostbriefträger A. H. Riese, 51 J. 14. A. E. geb. Hoffmann, Witwe des Eisenbahndirektors a. D. A. F. Benda, 87 J. 15. C. S. geb. Wilcken, Witwe des früheren Holländers F. W. H. H. Abraham, 79 J. Maurer H. J. H. Saß, 59 J. Wäscherin A. S. M. Alvers, 62 J. 16. E. C. A. Burmester, 76 J. M. L. F. Weltzien, 75 J. E. D. J. E. geb. Mollenhauer, Ehefrau des Böttchermeisters F. Klefe, 26 J. Schiffskoch J. A. Sundström, 53 J. (Sund bei Mariehamn in Finnland). A. W. Klink, 6 M.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Eine Anzahl der besten Kräfte verlassen mit Ablauf dieser Spielzeit unsere Bühne. Leider! Es wird schwer sein, für sie einigermaßen gleichwertigen Ersatz zu finden. Gestern abend bewarb sich Herr Kretschmer aus Kiel um die Nachfolge des lyrischen Tenors Kollwitz. Er sang den Lyonel. Die Stimme des anscheinend noch jugendlichen Künstlers spricht an, doch haften ihr noch mancherlei Schlacken an. In den tieferen Lagen klang sie gestern rauh und heiser, während die Höhe nur mit Mühe genommen wurde. Auch fehlte die feinere Gesangskultur. Man müßte Herrn Kretschmer, der dem Lyonel wirksame dramatische Akzente verlieh, in einer weiteren Partie hören, bevor man sein Engagement empfehlen könnte. Die hiesigen Kollegen und Kolleginnen des Kieler Künstlers, die in der Hauptsache das Publikum der gestrigen Vorstellung bildeten, erwiesen sich als begabte Claqueure. Frau Pellny vermochte als Lady nicht zu erwärmen. Ihrem Gesang fehlte die Seele; schauspielerisch muß Frau Pellny noch viel lernen. Frl. Wolter fand sich mit der Nanny befriedigend ab. Das vorstehend Gesagte bezieht sich auf Teile der beiden letzten Aufzüge. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die deutsche Lebensversicherungsgesellschaft

sucht in einem Inserat des hiesigen „General-Anzeigers" weibliche Angestellte. Das geschieht sicherlich nur zu dem Zwecke, um billigere Arbeitskräfte zu erhalten, da man männliche Stellensuchende abschlägig beschieden hat. Wir haben gewiß nichts gegen die Betätigung der jungen Mädchen auf allen Gebieten einzuwenden; nur sind wir der Auffassung, daß das nicht zum Zwecke der Lohndrückerei geschehen soll. Für gleiche Arbeit gleichen Lohn — das gilt auch für die weibliche Arbeitskraft. Die Gesellschaft aber will jedenfalls eine Erhöhung der Tantiemen für ihre Nutznießer durch die billigere Arbeitskraft herausschlagen. Unter diesen Umständen hat die Arbeiterschaft alle Ursache, etwaige Versicherungen nicht bei der deutschen Lebensversicherungsgesellschaft abzuschließen, sondern nur bei der „Volksfürsorge", dem gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmen. Die „Volksfürsorge" kann es inbezug auf die Tarife und Versicherungssummen mit allen anderen Versicherungen aufnehmen. Das Bureau der Rechnungsstelle, Johannisstraße 48, part., ist in den Sprechstunden von 7½—9 Uhr abends gerne erbötig, Reflektanten auf eine Versicherung für sich und ihre Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. H. V.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sonntag nachmittag 4 Uhr entschlief nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Bauarbeiter

Hermann Lege

im 55. Lebensjahre.

Tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen Angehörigen.

Magdalene Lege,
geb. Holst Ww. nebst Kinder.

Weberstraße 3. (419

Die Trauerfeier beginnt am Donnerstag, dem 22. Januar, 10¾ Uhr, in der Burgtor-Kapelle.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonntag verstarb unser Genosse

Hermann Lege.

(Weberstraße 3.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, vormittags 10¾ Uhr, auf dem Allgemeinen Gottesacker, Strecker Allee. Die Mitglieder sammeln sich bis 10½ Uhr im Lokal „Louisenlust". (420

Der Vorstand.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband

Nachruf.

Am Sonntag, dem 18. Januar starb der Kollege

Carl Mallwitz

Maurer, nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 45 Jahren.

Am selbigen Tage der Kollege

Hermann Lege

Hilfsarbeiter, nach langer schwerer Krankheit im Alter von 52 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigungen finden 10¾ Uhr von der Burgtor-Kapelle aus statt. Die Teilnehmer versammeln sich im Lokale „Louisenlust".

425) Der Vorstand.

Zu sofort oder 1. April eine abgeschlossene (413

2-Zimmer-Wohn. mit Balkon zu vermiet.

Lottenstraße 15 Marli.

Kinderwagen gut Gummi, 7 Mk., Kinderbettstelle, 4 Mk., zu verkaufen.

418) An der Mauer 90.

Brechkäse Pfund 20 Pfg.

415) Schlamersdorferstr. 13.

Sievers Tanz-Unterricht
im
Neulauer-Hof!

Für Erwachsene beginnt am **Donnerstag, dem 22. Januar,** abends 9—11 Uhr ein Kursus. Anmeldungen im Lokal erbeten oder **Karpfenstraße 11a.** 374

Visitenkarten fl. Elfenbeinkarton, 100 Stück von 1.00 Mk. an **Fr. Meyer & Co.,** Johannesstraße 46.

Käselager Hüxstraße 83|85.

Ein großer Posten **Ulster Bollfett** bei der Inventur zurückgesetzt sonst 80 ₰ jetzt nur **60 ₰**

Ein großer Posten **Limburger** fette Ware Pfd. **50** und **60 ₰**

Alter Wilster Marschkäse .... Pfd. **40 ₰**

Zu kaufen gesucht vom Privatmann **ein halbes Schwein** ca. 150 Pfd. schwer. (417

Näheres Westhoffstraße 57, II.

H. Seyer
früher Israelsdorf
jetzt (412
Drögestrasse 14.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Glasscheiben aller Art billigst, Kitt, Draht, Diamanten etc.

Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handlung.
Hüxterior-Allee 13. Fernspr. 808.